TIROL.KOMMUNAL

DAS OFFIZIELLE MAGAZIN DES TIROLER GEMEINDEVERBANDES

ALTERNATIVENERGIE

Basierend auf den Energiezielen 2050 sollen bis dahin rund sieben Prozent des Energiebedarfs aus Umweltwärme gewonnen werden.

SEITE 22

MARKTERHEBUNG

Fulpmes im Stubaital wird Ende Mai zur Marktgemeinde erhoben. Aus diesem Anlass findet ein großes Fest statt.

SEITE 40

BEISPIELHAFTE KINDERBETREUUNG

Sechs öffentliche und drei private Kindergärten gibt es aktuell in der Oberländer Marktgemeinde Telfs.

02 | 2017

GEMEINDEVERBAND-TIROL.AT

Österreichische Post AG SP 02Z030434 S
Tiroler Gemeindeverband, Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

NHT

stadt schwaz

tirol
Unser Land

Euro **5** pro m²

Tirols erste 5-Euro-Wohnanlage in Schwaz

Ermöglicht durch die Zusammenarbeit von Land Tirol, Stadtgemeinde Schwaz und Neue Heimat Tirol.

Bauausführende Firmen:

Architekt: architektur studiosymbiotic, Schwaz
Aufzug: Hollaus-Aufzüge, Breitenbach am Inn
Bauakustik: Fiby ZT-GmbH, Innsbruck
Baumeister: Bodner Hans Ing. BaugesmbH & CO KG, Kematen
Baureinigung: Salzburg-Services-GmbH, Salzburg
Bodenbelag: Fischer-Parkett GmbH & CO KG, Michaelbeuern
Elektro: Stolz Markus GmbH & CO KG, Kramsach
Estrich: Dengg & Tasser GmbH, Mayrhofen
Fenster-Kunststoff: Kerber Martin KG, Reutte
Fliesen: Trojer GmbH, Innsbruck
Gärtner: Tauber Michael, Wattens
Heizung: Stolz Markus GmbH & CO KG, Kramsach
Lüftung: Hiesmayr GmbH, Innsbruck
Maler: Allianz Malerei und Bau KG, Innsbruck
Planung Elektro: TB Ing. Hans Knoflach, Innsbruck
Planung Haustechnik: Lusser Planungsbüro GmbH, Erpfendorf
Sanitäre: Stolz Markus GmbH & CO KG, Kramsach
Schlosser: Nocker Metallbau GmbH, Steinach am Brenner
Spengler: Ploberger H. GmbH, Innsbruck
Statik: Oberauer Friedrich, Innsbruck
Terrazzo, Naturstein: HTB Baugesellschaft m.b.H., Arzl im Pitztal
Trockenbau: Thirner Franz Ing., Oetz
Türen: Eller Türen + Möbel GmbH, Matrei am Brenner
Zimmerer: Schermer Max Ing., Brixen im Thale

In Schwaz gibt's Grund zum Feiern: Nach der feierlichen Übergabe **Tirols erster 5-Euro-Wohnanlage** in der Freiheitssiedlung 13 haben 18 Familien in den Mietwohnungen der Neuen Heimat Tirol ein neues Zuhause gefunden.

Unser Dank gilt dem Land Tirol für die Bereitstellung der Wohnbauförderungsmittel, der Stadtgemeinde Schwaz für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und den Planern und ausführenden Firmen für die hervorragende Arbeit.

Wir wünschen allen Bewohnern das Allerbeste für die Zukunft und bedanken uns für ihr Vertrauen.

Mietkosten-Beispiel:

2-Zimmer-Wohnung mit 49,50 m²
inkl. Balkon und Kellerabteil

Nettomiete pro Monat Euro 106,—
(je Nutz-Quadratmeter Euro 2,14)

Betriebs, Heiz-, Warmwasserkosten und Steuern von Euro 137,—
(je Nutz-Quadratmeter Euro 2,77)

Bruttomiete pro Monat: Euro 243,—
(je Nutz-Quadratmeter Euro 4,91)

Heizwärmebedarf laut Energieausweis 10,5 kWh/m²a

Derzeit bauen wir in Absam, Axams, Fliess, Galtür, Imst, Innsbruck, Jochberg, Kematen, Kirchberg, Kufstein, Langkampfen, Mayrhofen, Natters, Scharnitz, Seefeld, Sistrans, St. Anton, St. Johann in Tirol, Telfs, Tösens, Wattens, Wenns und Zirl.

Finanzierung durch die Sparkasse Kufstein

Wir stehen allen Tiroler Gemeinden als kompetenter Partner zur Verfügung.

EDITORIAL

VERLÄSSICHER PARTNER **FÜR DIE GEMEINDEN**

Im Rahmen einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Verbandsvorstandes wurde der Tiroler Gemeindeverband über die Serviceleistungen des Vereins Tiroler Bildungsservice (TiBS) informiert. Das Land Tirol ist Hauptträger des TiBS, und es wurde dieser Verein im Jahr 2000 mit dem Ziel gegründet, die Tiroler Gemeinden im Pflichtschulbereich bei der IT-Ausstattung vor-Ort umfassend zu beraten, den Einsatz der Neuen Medien im Bildungswesen zu fördern sowie die Zusammenarbeit betroffener Einrichtungen in diesem Bereich zu unterstützen.

Das Tätigkeitsfeld des TiBS erstreckt sich von der Beratung und Unterstützung bei Projekten und Anschaffungen bis hin zum Fehlersupport und zur Konfiguration und Betreuung in den Schulen vor Ort. Weiters wurden IT-Standards entwickelt, die vor allem die IT-Betreuung unter Berücksichtigung der jeweiligen Gemeindestruktur an den Tiroler Pflichtschulen optimierte. Ergänzt wird dies durch die verstärkte Kooperation mit verschiedenen Partnern, damit der Einkauf von IT-Hardware und Lizenzen in höchstem Ausmaß effizient gestaltet werden kann.

Festzuhalten ist, dass der Verein TiBS vielfach Aufgaben wahrnimmt, die grundsätzlich den Schulerhaltern, also den Gemeinden, obliegen würden. Auch aus diesem Grund war der Verbandsvorstand des Tiroler Gemeindeverbandes einhellig der Auffassung, dass der gesicherte Fortbestand dieses Vereins durch einen kleinen finanziellen Beitrag der Gemeinden abgesichert werden sollte. Mit einem jährlichen Beitrag je Schule in Höhe von € 300,– tragen die Gemeinden einen wertvollen Beitrag zur Vereinsentwicklung bei, sichern so die Serviceleistungen für die Tiroler Pflichtschulen und ersparen sich möglich anfallende Kosten durch die Inanspruchnahme von externen Firmen. Ich lade Sie daher ein, Mitglied am TiBS zu werden und so zur Vereinsentwicklung beizutragen. (Bericht Seite 18)

Ernst Schöpf

TIROLER GEMEINDEVERBAND IM INTERNET

www.gemeindeverband-tirol.at

mit einem umfassenden Servicebereich

Tel. +43 512 58 71 30
tiroler@gemeindeverband-tirol.at

TIROL.KOMMUNAL
APRIL 2017

10
VERNETZUNG DURCH CASE MANAGEMENT

Im Planungsverband 31 Brixental-Wildschönau gibt es einen eigenen Angestellten, der bestmöglich die bestehenden Einrichtungen und Sozialpartner miteinander verbindet.

14
KOOPERATIONSPREIS WURDE VERGEBEN

Der erste Gemeindekooperationspreis ging nach Osttirol. Der Zukunftsraum Lienzer Talboden mit 15 Gemeinden wurde für seine Aktivitäten von Land und Gemeindeverband ausgezeichnet.

16
DIE LEITSTELLE TIROL STELLT SICH VOR

Die Leitstelle Tirol ist für die Entgegennahme und Bearbeitung der Notrufe 122 – Feuerwehr, 140 – Bergrettung/ Alpinnotruf, 144 – Rettungsdienste im gesamten Bundesland verantwortlich.

Die Unterstützung der Tiroler Pflichtschulen vor Ort zählt zu den Aufgaben des Vereins Tiroler Bildungsservice. Im IT-Bereich gibt es neue Standards.

Der Verein TiBS wurde 2000 mit diesem Ziel geschaffen. In den vergangenen Jahren wurden IT-Standards und Musterlösungen in den Bereichen Sicherheit, Microsoft-Lizensierung, Serverlösungen und Neue Medien entwickelt. Firewall und Contentfilter, die vom TiBS an den Schulen installiert und an die jeweiligen Bedürfnisse angepass werden erhöhen die Sicherheit in den Bildungseinrichungen signifikant. Eine moderne IT-Infrastruktur. **MEHR AB SEITE 18**

30
NEUE LANDESABTEILUNG GESELLSCHAFT UND ARBEIT

Die Themen der neuen Abteilung sind vielfältig. Sie betreffen die Bereiche Arbeit, Familie, Frau und Gleichstellung, Integration und Senioren. Und überall gibt es Berührungspunkte mit Gemeinden.

GEMEINDEVERBAND-TIROL.AT

32

BAUGRUPPENMODELLE IN STÄDTEN UND DÖRFERN

Baugruppenmodelle sind in Tirol noch selten, können aber viel für Gemeinden leisten. Bei dieser Art von Zusammenschluss ergeben sich für gewöhnlich auch Kostenersparnisse.

34

BETREUUNG DER 0- BIS 14-JÄHRIGEN

An die Tiroler Gemeinden wird der Anspruch gestellt, ein umfassendes Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche anzubieten. Daraus ergeben sich vielschichtige Verpflichtungen.

36

HOCHWASSERSCHUTZ IST AUFGABE DER GEMEINDEN

Der Umgang mit Naturgefahren, insbesondere Hochwasser, erfordert eine gemeinsame Vorgangsweise verschiedener Verwaltungseinheiten und Gebietskörperschaften.

TELFS LÄSST SICH DIE JÜNGSTEN GENERATIONEN ETWAS KOSTEN

VORZEIGEGEMEINDE IN SACHEN **KINDERBETREUUNG**

Rund 15.500 Einwohner zählt derzeit die Martkgemeinde Telfs, ihres Zeichens drittgrößte Kommune im Land Tirol. Großer Wert wird auf die Kinderbetreuung gelegt. Sowohl öffentliche als auch private Einrichtungen sorgen dafür, dass in diesem Bereich beispielgebende Arbeit geleistet wird.

VON PETER LEITNER

Eine umfassende Kinderbetreuung hat in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. In der Marktgemeinde Telfs wurde dem entsprechend Rechnung getragen. Aktuell gibt es sechs öffentliche und drei private Kindergärten.

Zu ersterem Bereich zählen:
- der Kindergarten Markt
- der Kindergarten St. Georgen
- der Kindergarten Lumma
- der Kindergarte Egart
- der Kindergarten Puite
- das KiKo (siehe auch Seite 8!)

Im Privatbereich mit Vereinen als Trägern sind zu nennen:
- die Kopffüsslerbande
- die Schpumpernudl
- das Haus der Telfer Kinder

Das zuletzt realisierte KinderKompetenzzentrum („KiKo“) wurde um 3,4 Millionen Euro errichtet. Untergebracht sind dort vier neue Gruppen und zwei Kinderkrippen für Sprösslinge unter drei Jahren. Neben einer Nutzfläche von 846 Quadratmetern steht auch ein großer Garten mit 1844 Quadratmetern zur Verfügung.

Bürgermeister Christian Härting: „Wir haben neben dem Neubau aber natürlich auch die schon länger bestehenden Kindergärten stets im Blick. Rund eine Million Euro wurden zuletzt etwa in die Generalsanierungen des Kindergartens St. Georgen investiert. Und das Thema wird den Gemeinderat auch in Zukunft intensiv beschäftigen. So steht etwa die nächste Generalsanierung in den kommenden ein bis zwei Jahren beim Kindergarten Markt an. Dafür gilt es, die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen und Fördergelder von Landesseite zu lukrieren. Alternativen gibt es dazu keine. Dessen sind wir uns selbstverständlich alle bewusst.“

Auch in den kommenden Jahren müssen wir in die Sanierung von Kindergärten investieren. Dafür müssen wir die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.

In den sechs öffentlichen Einrichtungen der Marktgemeinde Telfs werden derzeit 424 Kinder betreut. Darüber hinaus gibt es noch drei private Initiativen in Sachen Kinderbetreuung.

Insgesamt 424 Kinder sind es, die derzeit in den öffentlichen Kindergärten der Marktgemeinde Telfs betreut werden. „Auch hinsichtlich Ganztagesbetreuung gibt es bei uns ein ganzjähriges Angebot“, hält Härting fest.

In den öffentlichen Einrichtungen arbeiten aktuell 29 Pädagoginnen, 21 Assistentinnen, sieben Stützkräfte, fünf bilinguale Assistenzkräfte, fünf Sprachförderpädagogen und sieben Reinigungskräfte. Insgesamt fallen im Jahr 2017 damit Personalkosten in Höhe von 2,3 Millionen Euro an.

Der jährliche Betriebs- und Sachaufwand für alle Einrichtungen beläuft sich im laufenden Jahr auf 231.900 Euro, dazu kommen ein Leasing- und ein Darlehensaufwand in Höhe von exakt 256.600 Euro.

Den Ausgaben stehen im laufenden Jahr Erlöse aus Personalkostenersätzen sowie Stützkräfte- und Sprachförderung in Höhe von 1,1 Millionen

Das KinderKompetenzZentrum Telfs wurde im vergangenen September seiner Bestimmung übergeben. Das Haus entspricht baulich und konzeptionell den modernsten Anforderungen.

Euro sowie Elternbeiträge und Beiträge von Bund und Land in Höhe von 1,3 Millionen Euro gegenüber. In Summe bleiben der Marktgemeinde Telfs damit Kosten von rund 1,5 Millionen Euro für das Jahr 2017.

Telfs ist freilich nicht nur bekannt für seine ausgeprägte Kinderbetreuung, sondern auch als Schulhochburg. Zwei Volksschulen (August Thielmann und Josef Schweinester) gibt es, dazu die Walter-Thaler-Schule als Sonderpädagogisches Zentrum. Des weiteren ist die Marktgemeinde Standort von zwei Neuen Mittelschulen (Anton Auer und Dr. Aloys Weissenbach) und eines Polytechnischen Lehrgangs. An allgemein bildenden beziehungsweise berufsbildenden höheren Schulen gibt es das Bundesrealgymnasium mit einem musischen und einem technnischen Zweig inklusive Thöni-Technik-Akademie sowie das Eco Telfs mit Handelsakademie und Handelsschule. Zur Auswahl steht überdies noch der Schulgarten, die aktive Montessori-Schule Telfs, und auch die Landesmusikschule ist bekannt für ihre intensiven Aktivitäten. Schließlich steht in Sachen Erwachsenenbildung noch die Volkshochschule Telfs zur Verfügung.

„In den vergangenen drei Jahren haben wir rund fünf Millionen Euro in die Bildungs-Infrastruktur investiert. Das zeigt, wie ernst wir unseren Auftrag nehmen. Ich frage mich aber auch, wie viel auf die Gemeinden, auf die immer mehr abgewälzt wird, noch zukommen wird“, sagt Härting. ●

CHRISTIAN HÄRTING
Bürgermeister von Telfs

Untermarktstraße 5+7, 6410 Telfs
Tel. +43 5262 6961 1102
buergermeister@telfs.gv.at
www.telfs.at

„KIKO“ SORGT FÜR GROSSES AUFSEHEN

Das Telfer KinderKompetenzZentrum „KiKo“ ist ein Vorzeigeprojekt. Seit der Eröffnung wird die moderne neue Kinderbetreuungsstätte von fachlich interessierten Besuchern geradezu gestürmt. Vertreter von Gemeinden und pädagogischen Einrichtungen, aber auch Ausbildungs- und Forschungsstätten geben sich im KiKo die Klinke in die Hand und werden von Leiterin Daniela Faistenauer und ihrem Team durch die Bildungseinrichtung geführt. Die Besucher zeigen sich beeindruckt von dem baulich wie konzeptionell nach modernesten Erkenntnissen ausgerichteten Haus. Das „KiKo“ hat Standards gesetzt und dient als Vorbild in ganz Westösterreich.

Es wird dort das pädagogische Konzept eines teiloffenen Kindergartens gelebt. Kinder aus 16 Nationen werden von multiprofessionellen pädagogischen Fachkräften in dieser wichtigen Bildungsphase begleitet. Neben den Schwerpunkten wie Bewegung, Inklusion und Sprache liegt der Fokus darauf, die Neugier der Kinder zu erhalten und ihre Kreativität und ihr Selbstbewusstsein zu fördern. Besonderer Wert wird auf die frühe Sprachförderung gelegt. Diese beinhaltet neben der inklusiven, situationsbezogenen sprachlichen Förderung das Angebot zusätz- licher Eltern-Kind-Kurse, in denen in Kleingruppen mit Sprachförderpädagogen Sprechfreude geweckt wird. Dieses Angebot besteht für alle Kinder, unabhängig ihrer Erstsprache und gleichwertig für Eltern und Kinder auch der anderen Telfer Gemeindekindergärten.

ALTE IDEE ERWEIST SICH ALS BEWÄHRT, FLEXIBEL UND MODERN

INTERESSANTE PERSPEKTIVE: **DIE GENOSSENSCHAFT**

Die Genossenschaft als klassische Form des Kooperierens ist seit über 140 Jahren bewährt. Gerade in Zeiten knapper Ressourcen ist sie aktueller denn je.

Genossenschaften erleben eine Renaissance ungeahnten Ausmaßes – und das völlig zu Recht“, erklärt Daniel Wibmer, Leiter der Stabsstelle „Innovative Genossenschaft“ bei der Raiffeisen-Landesbank Tirol AG. Besonders für Gemeinden bietet dieses mehr als 140 Jahre bewährte Modell kooperativen Wirtschaftens viele Vorteile. Denn mit genossenschaftlicher Hilfe lassen sich auch Projekte bewältigen, welche aus den frei verfügbaren Finanzmitteln von Gemeinden nicht finanzierbar wären.

Genossenschaften ermöglichen ein breites Bündnis zwischen Bürgern, der lokalen Wirtschaft und Gemeinden. Als Rechtsform des Wirtschaftens eignen sich Genossenschaften genauso für die Auslagerung von Geschäftstätigkeiten oder Gemeindeprojekten wie für die Umsetzung von Ergebnissen aus Bürgerbeteiligungsmodellen.

Sie helfen dabei, den Gemeinden finanzielle und administrative Ressourcen zu sparen. Genossenschaften sind demokratisch organisiert und arbeiten nach den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität, Selbsthilfe und -verantwortung. „Gemeinden und Genossenschaften passen einfach gut zusammen“, so Wibmer.

Wachsende Herausforderungen verbunden mit stetig sinkenden frei verfügbaren Finanzmitteln der Gemeinden führen dazu, dass viele Leistungen und Vorhaben schlichtweg nicht mehr finanzierbar sind. Darunter fallen insbesondere oft kleine Projekte, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ein sehr hohes Umsetzungsinteresse haben und Engagement an den Tag legen. Solche Ideen aus Beteiligungsprozessen sind meist das erste Opfer mangelnder Finanzausstattung, da sie, oft zurecht, nicht als kommunale Pflichtaufgabe hoher Priorität gesehen werden. Doch auch wichtige Aktivitäten der kommunalen Daseinsfürsorge fallen nicht selten dem Rotstift zum Opfer.

Genossenschaften können den Gemeindehaushalt erheblich entlasten. Das zeigen zahlreiche erfolgreiche Modelle, wie Carsharing-Angebote, Seniorentaxis, Sozialzentren und Nahversorgungsinitiativen. Vielerorts übernahmen Genossenschaften auch Maßnahmen zur Sicherung von strategisch wichtigen Flächen sowie das Orts- oder Regionalmarketing. All diesen Initiativen ist gemein, dass sie nicht von der Gemeinde allein übernommen werden konnten. Dennoch sollten sie in lokaler Hand bleiben – als Lösung bot sich die Gründung einer Genossenschaft an.

Erfolgsmodell seit über 140 Jahren

„Genossenschaften gibt es seit mehr als 140 Jahren, hier wird also nicht das Rad neu erfunden“, erzählt Daniel Wibmer. „Vielerorts verwendet man heute allerdings den neudeutschen Begriff Public-Citizen-Partnership (PCP) – das Grundmodell ist jedoch die bewährte Genossenschaft.“

Der Talmarkt in Matrei in Osttirol ist ein gelungenes Beispiel von Genossenschaftsarbeit.

Die Raiffeisen-Landesbank Tirol AG informiert Sie gerne anhand von erfolgreichen Beispielen über die vielfältigen Möglichkeiten, welche Genossenschaften für Gemeinden bieten.

Wir freuen uns, wenn Sie sich mit uns in Verbindung setzen! ●

MAG. DR. DANIEL WIBMER
Stabsstelle Innovative Genossenschaft

Adamgasse 1-7, 6020 Innsbruck
Tel. +43 512 5305 12422
daniel.wibmer@rlb-tirol.at
www.raiffeisen-tirol.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

PROJEKT DES PLANUNGSVERBANDES 31 BRIXENTAL–WILDSCHÖNAU

VERNETZUNG DURCH **CASE MANAGEMENT**

Mit seinem Case Management sorgt der Planungsverband 31 Brixental-Wildschönau gehörig für Aufsehen. Beim von Land und Gemeindeverband ausgeschriebenen Gemeindekooperationspreis erreichte das Projekt den zweiten Rang.

VON PETER LEITNER

Schon seit dem Jahr 2010 werden innerhalb des Planungsverbandes 31 Brixental-Wildschönau diverse Zukunftsstrategien erörtert. Nach einem längeren Evaluierungsprozess haben sich die zugehörigen Gemeinden Brixen, Hopfgarten, Itter, Kirchberg, Westendorf, Wildschönau und auch Reith bei Kitzbühel dazu entschieden, ein so genanntes Case Management zu starten.

Verbandsobmann Bürgermeister Josef Kahn aus Itter: „Wir haben uns dazu entschlossen, einen ‚Kümmerer' für unsere Region anzustellen. Im April verganenen Jahres haben wir mit dem Case Management gestartet – und schnell hat sich gezeigt, dass der Bedarf sehr groß ist. Für die Vertreter der Gemeinden ist es immer sehr wichtig gewesen, eine unabhängige Person zu haben, die bestmöglich die bestehenden Einrichtungen und Sozialpartner miteinander verbindet. Dadurch wird eine Über-, Unter- oder Fehlversorgung vermieden und die bestehenden Ressourcen in der Region werden bestmöglich genutzt.

Die bestehenden Einrichtungen und Sozialpartner sind: alle Wohn- und Pflegeheime in der Region und darüber hinaus, Krankenhäuser mit Entlassungsmanagement, Sozial- und Gesundheitssprengel, Ärzte, Gemeinden, Freiwillige, Ehrenamtliche und viele mehr.

> *Wir haben einen ‚Kümmerer' für unsere Region angestellt. Es hat sich sehr schnell gezeigt, dass die Nachfrage nach einem so genannten Case Manager in unserem Planungsverband 31 beträchtlich ist.*

Träger sind die eingangs angeführten Gemeinden im Planunsverband 31 plus Reith bei Kitzbühel in Verbindung mit den Sozial- und Gesundheitssprengeln der Region alsVerrechnungspartner. In eben dieser leben rund 24.000 Einwohner, die durch den moblien Mitarbeiter versorgt werden", erklärt Kahn.

Der weiter ausführt: „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Kräfte zu bündeln, den Menschen in der Region zu helfen, Ressourcen zu nutzen und dadurch nachhaltig die Kosten im Griff zu haben getreu dem Motto ‚Gemeinsam helfen – glücklich älter werden'. Letztlich ist das Case Management ein Handlungsansatz, dessen tragen-

Glücklich älter werden

Gemeinsam. Helfen.

BRIXENTAL–WILDSCHÖNAU

de Idee das vernetzte Arbeiten bildet. Ziel ist es, eine individuelle und bedürfnisgerechte Lösung für Klienten und deren Angehörige in schwierigen Lebenslagen zu finden."

Dietmar Strobl ist Case Manager
Die Position des Case Managers im Planungsverband 31 bekleidet seit 2. Jänner des Jahres Dietmar Strobl. Er hat 2002 das Diplom für Gesundheits- und Krankenpflege absolviert und war seither im Akutbereich an einem allgemeinen öffentlichen Krankenhaus tätig.

„Meine Aufgabe als Case Manager besteht nunmehr darin, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige bei administrativen Aufgaben zu unterstützen und Kontakte zu Pflege- und Betreuungseinrichtgungen sowie Ärzten, Therapeuten und Behörden herzustellen, um eine optimale Versorgung im Gebiet des Planungsverbandes zu gewährleisten", erklärt Strobl.

> *Meine Aufgabe besteht in der vielfältigen Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen in der Region.*

Der Case Manager hält jeweils am Montag von 8 bis 12 Uhr im Sozial- und Gesundheitssprengel Kirchberg-Reith, Kirchplatz 9, sowie am Dienstag vo 8 bis 12 Uhr im Gemeindeamt Hopfgarten, Marktplatz 8, Sprechstunden ab. Außerhalb der offiziellen Sprechstunden wird um telefonische Terminvereinbarung gebeten.

Dietmar Strobl ist seit 2. Jänner 2017 Case Manager des Planungsverbandes 31 Brixental-Wildschönau.

JOSEF KAHN
Bürgermeister von Itter

Schwendt 1, 6305 Itter
Tel. +43 5335 3590 15
buergermeister@itter.tirol.gv.at
www.itter.tirol.gv.at

NÄHERE INFORMATIONEN:
CASE MANAGER DIETMAR STROBL
TEL. +43 660/22 633 24
E-MAIL: CASE2@SOZIALSPRENGEL-KIRCHBERG-REITH.AT

DIGITALES WARTUNGSBUCH UNTERSTÜTZT DIE GEMEINDEN

MANAGEMENT DER **INFRASTRUKTUR**

Gebäude, Wildbäche, Liegenschaften und Bäume haben in der Stadtgemeinde Zell am See eines gemeinsam: Prüfung, Wartung und Instandhaltung werden über die Software ProOffice abgewickelt.

Vor über drei Jahren führte die Bezirkshauptstadt Zell am See das digitale Wartungsbuch ProOffice ein. Es ermöglicht der Stadtgemeinde ein optimales Management ihrer kompletten Infrastruktur, der damit verbundenen Aufgaben und eine lückenlose Dokumentation aller Vorgänge. Auch in Bereichen ohne Internetverbindung steht die Software zur Verfügung und ist somit ständiger Begleiter der Gemeindeverantwortlichen in Zell am See.

Kufgem, langjähriger IT-Partner der meisten Gemeinden in Tirol und Salzburg, steht für weitere Informationen gerne zur Verfügung.
Kontakt: Daniel Trixl
(trixl@kufgem.at bzw.
05372 6902)

BÄUME

In Zell am See sind über 1400 Bäume an Gemeindestraßen regelmäßig auf ihre Verkehrssicherheit zu begutachten.

Eine Begehung mit dem ProOffice-Wartungsbuch verringert die Fehleranfälligkeit und dem zeitlichen Aufwand dieser Kontrollen. Die dargestellte Karte ermöglicht eine genaue Verortung der Bäume und schafft Übersicht. So werden Schäden und Mängel rasch und Önorm-konform erfasst und deren Behebung unmittelbar veranlasst.

GEBÄUDE

Zell am See verwaltet über 25 Gebäude und insgesamt 17.800m² Fläche. Darin enthalten sind fast 500 Geräte und Anlagen, angefangen vom Feuerlöscher bis zur Heizung, die regelmäßig überprüft oder gewartet werden sollen.

Manfred Onz, Leiter der Gebäudeverwaltung in der Stadtgemeinde Zell am See: „Durch den Import zahlreicher CAD-Pläne, Excel-Dateien, Fotos und manueller Daten benötigen wir nur noch das ProOffice-Wartungsbuch. So sind wir über den Status aller Geräte aktuell informiert."

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Mit einem Tablet im Außeneinsatz: Für Kufgem-Mitarbeiter Daniel Trixl eine der klaren Stärken von ProOffice.

ProOffice unterstützt die Gemeinden, komplexes Infrastruktur- und Objektmanagement nachhaltig zu vereinfachen. Aufgrund des modularen Aufbaus können zahlreiche Themen im Bereich Wartung und Instandhaltung lückenlos bedient werden. Vordefinierte, normkonforme Fachschalen sorgen für eine rechtssichere Abwicklung.

WASSER

Die Tiefbauabteilung in Zell am See hat beeindruckende Zahlen zu managen: Sonderbauwerke, Schächte und Haltungen summieren sich auf fast 20.000 Objekte – und das lediglich im Bereich Abwasser. Vor allem die Kommunikationsmöglichkeit zwischen lokalen Geoinformationssystemen (Geonis Kanal, GeoOffice Wasser) und dem Wartungsbuch ProOffice erleichtert die tägliche Arbeit von Kanalwart und Wassermeister enorm. Erich Gruber, Kanalwart der Stadtgemeinde: „Durch die Nutzung von ProOffice haben wir einen vollständigen Überblick über die Anzahl, den Zustand und die terminlichen Fristen aller Abwasserelemente."

WILDBACH

Nach der Schneeschmelze prüft die Stadtgemeinde Zell am See Geschiebesperren, Wildbäche und deren Gräben.

Dort eingefallene Bäume und Verklausungen sind anschließend von den jeweiligen Grundstückseigentümern zu beseitigen. Wirtschaftshof-Mitarbeiter und Prüfer Mario Panzl ist begeistert von ProOffice: „Nicht nur bei der Prüfung, vor allem in der Nachbereitung spart man viel Zeit, da die Eigentümerermittlung automatisiert durchgeführt wird. So sind vordefinierte Verständigungsschreiben an die jeweiligen Eigentümer schnell versendet."

kufgem

NÄHERE INFORMATIONEN:
KUFGEM GMBH
FISCHERGRIES 2
6330 KUFSTEIN
TEL. 05372 6902
INFO@KUFGEM.AT
WWW.KUFGEM.AT

ERSTER GEMEINDEKOOPERATIONSPREIS DES LANDES WURDE VERGEBEN

IM VORDERGRUND STEHT **DIE GEMEINSAMKEIT**

15 Osttiroler Gemeinden werden für ihren gemeindeübergreifenden strategischen Entwicklungsprozess ausgezeichnet. Der Zukunftsraum Lienzer Talboden erhielt 5000 Euro für das beste Tiroler Gemeindekooperationsprojekt.

Kräfte bündeln, Ideen entwickeln und miteinander zusammenarbeiten: Immer mehr Gemeinden setzen in Tirol auf gemeindeübergreifende Kooperation. Für viele zahlt sich diese Bereitschaft, über den eigenen Kirchturm zu blicken, aus, denn sie ermöglicht trotz begrenzter Ressourcen die Umsetzung ambitionierter Vorhaben. Für das Land Tirol Grund genug, entsprechendes Engagement zu unterstützen und das aktuell beste Vorzeigeprojekt gemeinsam mit dem Tiroler Gemeindeverband öffentlich mit dem neuen Gemeindekooperationspreis (GEKO) auszuzeichnen.

Gemeindereferent Johannes Tratter und Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, gratulierten dem ersten Preisträger: „Kooperation statt Zwangsfusion – für Land, Gemeinden und die meisten Bürgerinnen und Bürger ist Zusammenarbeit die bessere Alternative! Bei einer gelungenen Kooperation geht es darum, Kräfte zu bündeln und gemeinsam mehr zu erreichen als jeder für sich allein. Das Beispiel des Lienzer Talbodens lässt erkennen, welches Potenzial dieses Miteinander eröffnet und ist somit richtungweisend. Daher geht der erste GEKO an den ‚Zukunftsraum Lienzer Talboden'."

> *Im Zukunftsraum Lienzer Talböden engagieren sich 15 Gemeinden für eine möglichst gute Entwicklung ihres gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraumes. Der Preis ist Ansporn, engagiert weiterzuarbeiten.*

Für den „Zukunftsraum Lienzer Talboden" nahm der Dölsacher Bgm. Josef Mair als Obmann gemeinsam mit den Bürgermeistern des Planungsverbandes 36 den GEKO entgegen: „Im ‚Zukunftsraum Lienzer Talboden' engagieren sich 15 Gemeinden für eine möglichst gute Entwicklung ihres gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraumes. Der Preis ist für alle ein Ansporn, mit vollem Elan gemeinsam weiterzuarbeiten!"

Das Siegerprojekt – ermittelt durch eine Fachjury sowie über Online-Voting – erhält eine Prämie in der Höhe von 5000 Euro. Geplant ist weiters eine Feier in Zusammenarbeit mit einem Medienkooperationspartner.

Freude beim Dölsacher Bürgermeister Josef Mair (Mitte): Gemeindeverbandspräsident Bgm. Ernst Schöpf (links) und Gemeindereferent Johannes Tratter übergaben den GEKO für das gemeindeübergreifende Projekt „Zukunftsraum Lienzer Talboden".

Zwei ebenfalls innovative Kooperationsprojekte gelangten bis in die Endausscheidung zum Online-Voting: Der Planungsverband 31 - Brixental/Wildschönau konnte mit der Einrichtung seines Case Managements zur Beratung für Pflege und Gesundheitsprävention unter dem Motto „Gemeinsam helfen – Glücklich älter werden" (Platz 2) überzeugen, die Verwaltungskooperation der Gemeinden Hippach und Schwendau im „Haus der Gemeinden" belegte mit dieser Alternative zur Gemeindezusammenlegung Platz 3.

Das Echo auf die Einladung, bei der Gemeindeabteilung des Landes Kooperationsprojekte aus der Praxis für den GEKO vorzuschlagen, war insgesamt groß. Für LR Tratter Grund zur Freude: „Auch die Qualität der Einreichungen war ausnahmslos sehr gut und überzeugend – für die Jury war es daher keine leichte Aufgabe, eine engere Auswahl zu treffen. Beim anschließenden Online-Voting wurden über 14.000 Stimmabgaben verzeichnet! Das zeigt, wie groß das Interesse war. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Gemeinden, die mitgemacht haben, sehr herzlich für ihr Engagement bedanken. Ein Dank gebührt auch den Mitgliedern der Jury und der Gemeindeabteilung." ●

> *Die Qualität der Einrichtungen war ausnahmelos überzeugend. Für die Jury war es sehr schwer.*

ZUKUNFTSRAUM LIENZER TALBODEN

Im Jahr 2013 initiierten die 15 Gemeinden Ainet, Amlach, Assling, Dölsach, Gaimberg, Iselsberg-Stronach, Lavant, Leisach, Lienz, Nikolsdorf, Nußdorf-Debant, Oberlienz, Schlaiten, Thurn und Tristach einen gemeinsamen strategischen Entwicklungsprozess mit der Zielsetzung einer engen stadt-umland-räumlichen Zusammenarbeit in Infrastrukturfragen, der Siedlungspolitik und Wirtschaftsentwicklung sowie der Verwaltungszusammenarbeit.

Die Gemeinden im Lienzer Talboden umfassen eine Fläche von 471 km², 28.000 Einwohnern und stellen mit rund 18.000 Erwerbstätigen sowie einer hohen Konzentration an Infrastruktur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen das soziale, gesellschaftliche und erwerbswirtschaftliche Zentrum im überregionalen Verflechtungsraum dreier Länder dar. Die Standortmarke „Zukunftsraum Lienzer Talboden" ist visuelle „Klammer" und Dachmarke für den Prozess, die Aktivitäten, Maßnahmen und Produkte der Standortentwicklung sowie für die gemeinsame Positionierung der 15 Verbandsgemeinden zu einem wettbewerbsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum. Zu den großen Gemeinschaftsvorhaben zählte die Bereitstellung von ultraschnellem Internet, durchgeführt auf Basis eines ambitionierten Masterplans. Mit dessen Umsetzung besteht nunmehr für alle Gemeinden Chancengleichheit im Standortfaktor der digitalen Erreichbarkeit.

DAS TELEFON KLINGELT BIS ZU 126 MAL PRO STUNDE

122 | 140 | 144
DIE LEITSTELLE TIROL

Die Leitstelle Tirol ist für die Entgegennahme und Bearbeitung der Notrufe 122 – Feuerwehr, 140 – Bergrettung/Alpinnotruf, 144 – Rettungsdienste im gesamten Bundesland Tirol verantwortlich.

Bis zu 126 Mal pro Stunde klingelte im vergangenen Jahr an Spitzentagen das Telefon, insgesamt 455.600-mal. 2016 disponierte die Leitstelle Tirol rund 324.500 Einsätze und Krankentransporte für ganz Tirol.

Geht ein Notruf in der Leitstelle Tirol ein, bearbeitet ihn ein Mitarbeiter und erfasst alle relevanten Informationen, ein zweiter alarmiert die Einsatzkräfte. Dafür verwenden alle Mitarbeiter ein standardisiertes Abfrageprotokoll, das Fragen und Anweisungen vorgibt.

So wird sichergestellt, dass der Hilfesuchende für sein Anliegen immer die gleiche Einstufung und Reaktion erfährt, unabhängig davon, welcher Mitarbeiter zu welcher Uhrzeit den Notfall bearbeitet. Auch wenn das Notrufgespräch länger dauert, wird die Alarmierung dadurch nicht verzögert.

Das Wichtigste für eine korrekte und rasche Alarmierung ist die genaue Adressverortung. Hier ist die Leitstelle Tirol auf die schnellstmögliche Adressübermittlung der Gemeinden an das GWR angewiesen. Nur so kann eine zeitraubende Suche von neu vergebenen Hausnummern vermieden werden.

Die Mitarbeiter der Leitstelle Tirol unterstützen und begleiten die Einsatzkräfte auch während der laufenden Einsatzabwicklung. Mit Hilfe mehrerer Applikationen stellt sie den Einsatzkräften Hilfsmittel zur Bewältigung der Einsätze zur Verfügung.

So werden zum Beispiel die im tiris-Modul des Landes Tirol durch die Feuerwehren hinterlegten örtlichen Einsatzinformationen (unter anderem Gasanschlüsse oder Gebäudepläne) im System der Leitstelle angezeigt und den Einsatzkräften bei Alarmierung automatisch übermittelt. Über das Feuerwehr-Portal der Leitstelle können die Feuerwehren direkt nicht dringliche Einsätze wie Brandsicherheitswachen, Absperrdienste oder Übungen anlegen

Gerade bei einem Einsatz im alpinen Gelände stellt das rasche Auffinden des Einsatzortes oft eine Herausforderung dar. In einem Tourismusland wie Tirol werden die Mitarbeiter der Leitstelle oft mit der Aussage „Wir sind beim Skifahren in Tirol“ konfrontiert. Auch Einheimische können in der Akutsituation eines Notfalls mit der Beschreibung des Einsatzorts überfordert sein. Um die Hilfesuchenden rascher aufzufinden, wurde 2012 die „Notfall-App Bergrettung Tirol“ von Land Tirol, Bergrettung und Leitstelle Tirol entwickelt. Wird ein Notruf mittels dieser App gemeldet, werden gleichzeitig mit dem Notruf auch die GPS-Koordinaten in das ELS übermittelt. Eine hausinterne

In der Leitstelle Tirol gibt es immer viel zu tun. Auf dem Bild sind Schichtleiter und Disponent bei der verantwortungsvollven Aufgabe zu sehen.

LEITSTELLE TIROL

122 | 140 | 144

Entwicklung der Leitstelle ermöglicht ebenso eine GPS-Ortung: Die Leitstelle schickt ein SMS an den Hilfesuchenden. Wird das SMS bestätigt, können die GPS-Daten bei vorhandener Internetverbindung abgerufen werden. So kann vor allem Ortsunkundigen rasch geholfen werden. Eine Kooperation mit dem Kompass Karten Verlag bringt zudem laufend aktuelles Kartenmaterial, neben dem verwendeten tiris-Karten des Landes, in die Leitstelle. ●

Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Homepage der Leitstelle Tirol unter www.leitstelle-tirol.at. Eine Besichtigung der Leitstelle Tirol für die Gemeinden (GEL) wird gerne unter der Kontaktadresse leitstelle@leitstelle-tirol.at entgegengenommen.

DAKA

UNTERNEHMENSFAMILIE DAKA - IHR PARTNER IN ENTSORGUNGSFRAGEN

Abfallwirtschaft · Entsorgungssysteme · Tankarbeiten · Sanierungsarbeiten · Speiseresteentsorgung
Schlachtabfall- u. Tierkadaversammlung · Verwertung von Klärschlamm · Restmüllentsorgung
Kreislaufwirtschaft · Sammelpartner der ARA · Elektroaltgeräteentsorgung

www.daka.tirol

DAKA Entsorgungsunternehmen GmbH & Co.KG, Bergwerkstraße 20, 6130 Schwaz, Austria, T +43(0)5242/6910 · office@daka.tirol

DER TIROLER BILDUNGSSERVICE HAT SICH BEWÄHRT

DIE IT-ANLAUFSTELLE IM **BILDUNGSBEREICH**

Die Unterstützung und Beratung der Tiroler Pflichtschulen vor Ort zählt zu den Hauptaufgaben des Vereins Tiroler Bildungsservice. Vor allem im IT-Bereich wurden in den vergangenen Jahren neue Standards geschaffen, die sich sehen lassen können.

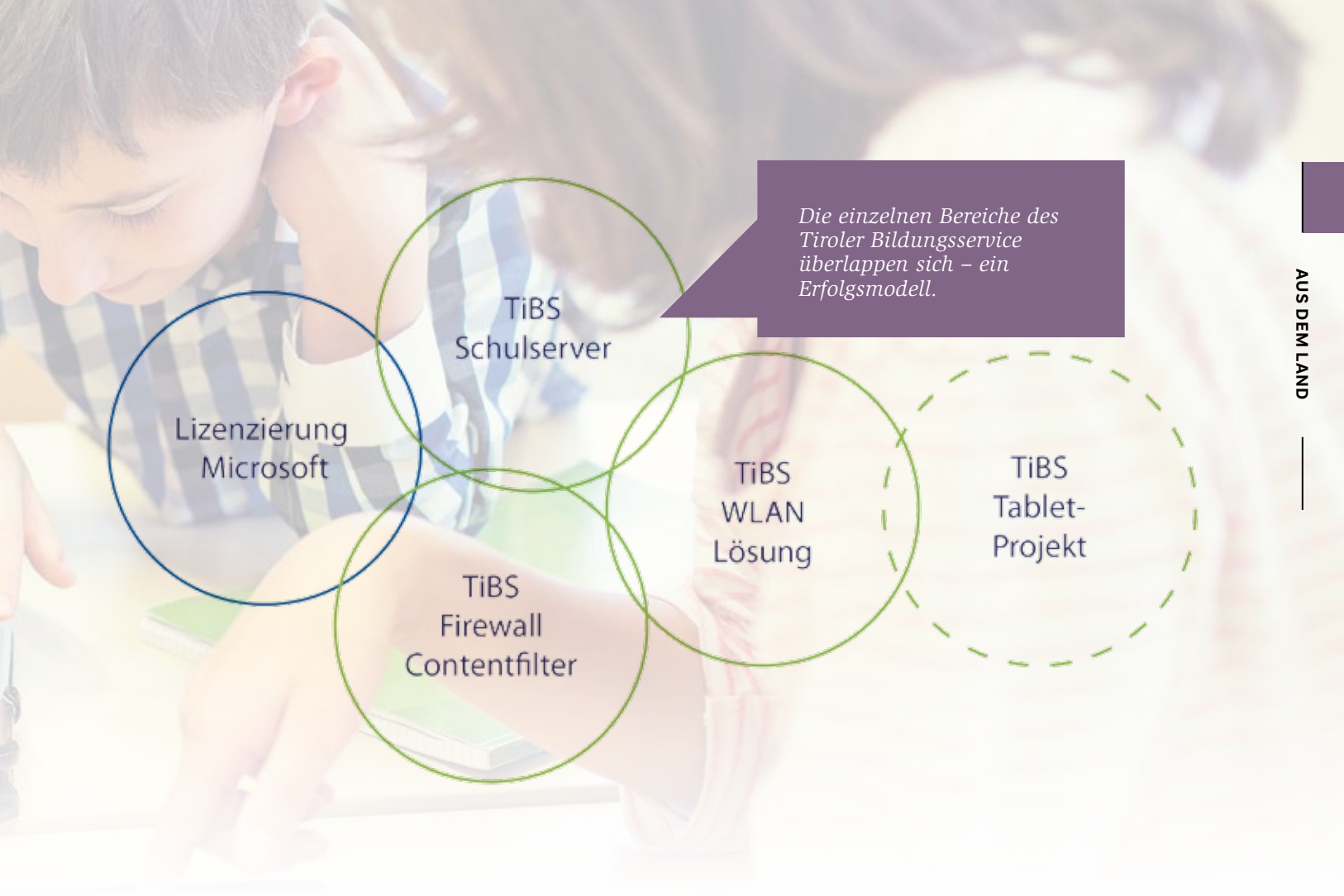
Der Verein Tiroler Bildungsservice, kurz TiBS, wurde im Jahr 2000 mit dem Ziel gegründet, die Einrichtungen des Bildungswesens im Einsatz digitaler Medien sowie der Zusammenarbeit umfassend zu fördern. Die Unterstützung und Beratung der Tiroler Pflichtschulen vor Ort zählt zu den Hauptaufgaben des Vereins.

Das TiBS, mit dem Land Tirol als Hauptträger, hat in den vergangenen Jahren IT-Standards und Musterlösungen in den Bereichen Sicherheit (Firewall/Contentfilter), Microsoft-Lizenzierung, Serverlösungen (Schulserver), Neue Medien (WLAN und Tablet-Projekt) entwickelt. Firewalls und Contentfilter, die vom TiBS an den Schulen installiert und an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden, erhöhen die Sicherheit im Schulnetz signifikant. In Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus dem Bildungsbereich wurden Empfehlungen zur IT-Ausstattung für die Neue Mittelschule und Volksschule ausgearbeitet. Diese IT-Bausteine ermöglichen eine kostengünstige, skalierbare und moderne IT-Infrastruktur für Unterricht und Verwaltung.

In Zusammenarbeit mit der GemNova unterstützt das TiBS – bei geringen Kosten und minimalem Aufwand – die Tiroler Schulen bei der ordnungsgemäßen Microsoft-Lizenzierung. Die Verteilung der Software an die Computer der Schüler und Lehrer, die Verwaltung der Benutzernamen, die zentrale Druckersteuerung, die zentrale Dokumentablage, der Einsatz pädagogischer Tools und vieles mehr lassen sich zentral über den Schulserver abwickeln. Diese Musterlösungen und Empfehlungen zur IT-Ausstattung werden laufend evaluiert und an die aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnisse angepasst.

Erst die konsequente Umsetzung der IT-Standards macht es möglich, die IT-Kustoden an den mehr als 500 Pflichtschulen bei Supportanfragen im schulischen Alltag rasch und effektiv zu unterstützen. Zusätzlich stellt das TiBS in Kooperation mit der Datenverarbeitung Tirol (DVT) den Schulen zentral gewartete Content Management-Systeme für ihren Web-Auftritt sowie entsprechende Hilfe bei der Gestaltung zur Verfügung.

Im weiteren Portfolio des TiBS finden sich verschiedene Web-Angebote. So bietet die zentrale Internet-Plattform tibs.at umfassende Informationen und Angebote für alle Lehrer und Bildungsinteressierten. Auf der Landesbildungsdatenbank „Tiroler Bil-



Die einzelnen Bereiche des Tiroler Bildungsservice überlappen sich – ein Erfolgsmodell.

dungskatalog“ werden jährlich mehr als 13.500 Weiterbildungsangebote inkl. finanzieller Fördermöglichkeiten abgebildet und das Portal „Lesen in Tirol“ informiert rund um die Themen Lesen und Leseförderung.

Alle Angebote des Tiroler Bildungsservice können kostenfrei genutzt werden. ●

ING. MARKUS FILLAFER
Geschäftsführer

Adamgasse 22, 6020 Innsbruck
Tel. +43 512 279 508 82100
markus.fillafer@tibs.at
www.tibs.at

LED-BELEUCHTUNG FÜR INNENRÄUME, STRASSEN, PARK- UND SPORTPLÄTZE

DAS ALL-INCLUSIVE-LICHT-PAKET DER **INNSBRUCKER KOMMUNALBETRIEBE**

Enorme Vorteile durch beachtliche Strom- und Kosteneinsparungen

Die IKB bietet allen Tiroler Gemeinden attraktive All-inclusive-Pakete zur Optimierung der Beleuchtung von Innenräumen, Straßen und Plätzen. Dabei setzt die IKB auf energieeffiziente LED-Lampen. Mit einem All-in-Angebot der IKB sparen Gemeinden Energie und Kosten, was allen Bürgern zugute kommt.

Mit LED enorm Energiekosten sparen

LED-Beleuchtungen bringen viele Vorteile, allen voran die beachtliche Strom- und Kosteneinsparung. LED-Lampen haben eine lange Lebensdauer bei geringem Wartungsbedarf. Das Licht ist gerichtet, blendet nicht und sorgt für bessere Gleichmäßigkeit und Farbwiedergabe.

Das IKB-Angebot

Auch die Umsetzung ist einfach: Überzeugt die fundierte unverbindliche Beratung der IKB, erhalten die Gemeinden gegen eine monatliche Rate die Planung und Inbetriebnahme der neuen Anlage sowie auf Wunsch die laufenden Kontrollen, Wartung und Betriebsführung (24-Stunden-Service inklusive). Eine große Investition zu Beginn ist damit nicht nötig. Die IKB ist der langfristige und erfahrene Partner bei der Beleuchtung von Innenräumen, öffentlichen Straßen und Sportstätten.

Weitere innovative Gemeindedienstleistungen und -produkte finden Sie auch unter www.ikb.at, energie@ikb.at, Tel. 0800 500 502. ●

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENERGIE · INTERNET UND IT · WASSER UND ABWASSER · ABFALL · BÄDER

iKB Eins für alle.

STADTGEMEINDE SCHWAZ ERHIELT 18 NEUE MIETWOHNUNGEN

NEUE HEIMAT TIROL ÜBERGABE **FÜNF-EURO-WOHNPROJEKT**

Unterländer Kommune darf sich über ein österreichweites Vorzeigeprojekt freuen.

Die Neue Heimat Tirol (NHT) hat kürzlich das erste Fünf-Euro-Wohnprojekt offiziell an die künftigen Bewohner übergeben. Die neue Wohnanlage wurde in nur 15 Monaten Bauzeit in der sogenannten Freiheitssiedlung im Osten von Schwaz errichtet und bietet Platz für 18 kostengünstige Mietwohnungen.

Beim Mietpreis von 5 Euro pro m² sind bereits Betriebs- und Heizkosten sowie Umsatzsteuer inkludiert. „Die NHT als größter gemeinnütziger Bauträger Tirols hat sich schon in der Konzeptionsphase für das Fünf-Euro-Wohnen sehr intensiv eingebracht. Mit dem ersten fertiggestellten Projekt haben wir nunmehr den Beweis geliefert, dass eine Umsetzung möglich ist“, erklärt NHT-Geschäftsführer Markus Pollo.

Österreichweites Vorzeigeprojekt

„Mit diesem Vorzeigeprojekt in Sachen leistbares Wohnen zählen wir österreichweit zu den Vorreitern“, steht für Landeshauptmann Günther Platter fest: „Nach der deutlichen Zinssenkung bei der Wohnbauförderung mit einer jährlichen Entlastung von 20 Mio. Euro setzen wir mit dem Modell des Fünf-Euro-Wohnens den nächsten Impuls. Ziel ist, auch Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen den Zugang zu leistbarem Wohnraum zu ermöglichen.“ Platter zeigt sich erfreut darüber, dass das Modell auch in anderen Gemeinden auf Interesse stößt und ist überzeugt, dass es noch weitere Nachahmer finden wird.

Der niedrige Mietpreis wird dadurch erzielt, indem die Baukosten entsprechend niedrig gehalten werden, weiß NHT-Geschäftsführer Hannes Gschwentner: „Mit Zugeständnissen im Hinblick auf Ausführung und Ausstattung sowie einem günstigen Grundstück ist das zu schaffen. Die Stadtgemeinde ist uns entgegengekommen. Auch hat die Tiroler Landesregierung eine Obergrenze bei den Autoabstellplätzen eingezogen. Das spart Kosten.“

Der für den Wohnbau zuständige Landesrat Johannes Tratter betont: „Wir reden nicht nur vom leistbaren Wohnbau, wir tun auch viel dafür. Die Tiroler Wohnbauförderung ist auch in den nächsten zwei Jahren mit 540 Mio. Euro prall gefüllt. Dieses Geld setzen wir auch für solche Referenzprojekte ein. Der Fünf-Euro-Wohnbau ist gerade in Ballungsräumen ein Konzept für die Errichtung von leistbarem Wohnraum.“

Premiere in Schwaz (von links): NHT-Geschäftsführer Gschwentner übergibt mit LR Tratter, LH Günther Platter, Bgm. Lintner, NHT-Geschäftsführer Pollo und SR Rieger den ersten Fünf-Euro-Wohnbau in Tirol.

18 neue Mietwohnungen für Schwaz

Die Gesamtkosten in Schwaz wurden mit 2,42 Mio. Euro sogar leicht unterschritten. Das dreistöckige Wohnhaus in Passivhausstandard bietet Platz für sechs Zweizimmer- (ca. 55 m²), neun Dreizimmer- (ca. 70–80 m²) sowie drei Vierzimmerwohnungen (ca. 98 m²), wobei jede Wohneinheit auch über einen eigenen Balkon verfügt.

Im Erdgeschoss sind die Flächen für Fahrrad-, Kinderwägen-, Trockenräume und Haustechnik vorgesehen. Insgesamt 14 Autoabstellplätze (zehn Carports und vier Abstellplätze im Freien) stehen gegen eine Extragebühr zur Verfügung.

Die Vergabe der Wohnungen erfolgte zum größten Teil durch die Stadtgemeinde. „Auch wir in Schwaz spüren die große Nachfrage nach leistbarem Wohnraum. Die Nachfrage bei diesem Projekt war sehr groß. Daher prüfen wir derzeit, ob wir gemeinsam mit der NHT einen weiteren Fünf-Euro-Wohnbau in unserer Stadtgemeinde realisieren“, erklärt Bürgermeister Hans Lintner. ●

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

TIROL 2050 ENERGIEAUTONOM: LEITFADEN ZUM BAU UND BETRIEB VON ERDWÄRMESONDEN

OPTIMALE NUTZUNG VON **ERDWÄRME**

Basiernd auf den Tiroler Energiezielen 2050 sollen bis dahin rund sieben Prozent des gesamten Energiebedarfs des Bundeslandes aus einer ressourcenschonenden Umweltwärme gewonnen werden.

Die Tiroler Energieziele bis 2050 sehen vor, dass in etwa sieben Prozent des gesamten Energiebedarfs Tirols aus ressourcenschonender Umweltwärme gewonnen werden. Derzeit beträgt der Anteil der Umweltwärme lediglich ein Prozent. „Wollen wir das Ziel der Energieunabhängigkeit bis zum Jahr 2050 erreichen, müssen wir jede Möglichkeit der Energiegewinnung aus heimischen, erneuerbaren Ressourcen bestmöglich nutzen“, so Energiereferent LHStv. Josef Geisler. Im Bereich der Umweltwärme gehört dazu die Energiegewinnung aus dem Boden, der Luft und dem Grundwasser.

Bis dato wurden in Tirol bereits mehr als 2000 Erdwärme-Wärmepumpen zum Heizen und Kühlen installiert – um fast ein Viertel mehr als noch vor drei Jahren. Doch die Effizienz und Langlebigkeit bestehender Anlagen ist aufgrund von Mängeln in der Planung und in der Bauausführung oft deutlich reduziert. Das hat eine von der Wasser Tirol im Auftrag des Landes durchgeführte Evaluierung bestehender Erdwärmesonden ergeben.

> *Unser Ziel sind technisch einwandfreie Anlagen mit einer höchstmöglichen Energieausbeute. Wer Erdwärme nutzt, soll sicher sein, dass die Anlagen perfekt funktionieren.*

„Unser Ziel sind technisch einwandfreie Anlagen mit einer höchstmöglichen Energieausbeute. Wer Erdwärme einsetzt, soll sich sicher sein können, dass die Anlagen perfekt funktionieren“, erklärt Geisler. Im Idealfall lassen sich mittels Wärmepumpentechnologie mit einer Kilowattstunde Strom vier Kilowattstunden Wärme erzeugen. Bei der Energiegewinnung mittels Erdsonden werden Bohrungen bis in Tiefen von über 100 Metern durchgeführt und somit die Energiequelle Erdreich erschlossen.

Der neue Leitfaden: Die Richtschnur für Tiroler Bauherren und Firmen

Der nun vorliegende Leitfaden dient als Richtschnur für alle ausführenden Firmen und Bauherren in Tirol. „Er gibt Auskunft über die Verfahren zur Bewilligung, umreißt den Bauablauf zur Errichtung der Erdwärmesonden und gibt Bauherren Tipps zur Eigenüberwachung“, fasst Leo Satzinger von der Landesabteilung Wasser-, Forst- und Energierecht zusammen.

Damit bei der Erdwärme keine Fehler passieren, hat das Land Tirol unter breiter Beteiligung von Experten und Praktikern einen Leitfaden zum Bau und Betrieb von Erdwärmesonden erstellt.

Die Leitlinien zur Qualitätssicherung wurden von der Wasser Tirol in enger Zusammenarbeit mit BehördenvertreterInnen sowie planenden und bauausführenden Firmen erstellt. Der Leitfaden kann auf der Homepage des Landes unter dem Link: www.tirol.gv.at/umwelt/energie/energiestratgie/ kostenlos heruntergeladen werden.

> *Es lässt sich stets kontrollieren, ob die Anlage optimal funktioniert. Das drückt sich in niedrigen Heizkosten aus.*

BetreiberInnen von Erdwärmeanlagen empfiehlt Rupert Ebenbichler von der Wasser Tirol die Installation von Strom- und Wärmemengenzählern: „So kann man jederzeit kontrollieren, ob die Anlage optimal funktioniert, was sich in niedrigen Heizkosten ausdrückt.“ Für das bauausführende Bohrpersonal wurde ein umfassendes Schulungsprogramm zusammengestellt.

Spitzenreiter in Erdwärme – der Bezirk Kitzbühel

Was die Nutzung der Erdwärme mittels Wärmepumpen anbelangt, so hat der Bezirk Kitzbühel mit über 500 bestehenden Anlagen in Tirol derzeit die Nase vorn. Das ist rund ein Viertel aller Tiroler Erdwärmeanlagen. Den zweiten und dritten Platz belegen die Bezirke Innsbruck-Land und Kufstein. Mehr als 300 Erdwärmesonden sind derzeit in Tirol projektiert. „Das heißt, der Ausbau dieser Technologie schreitet zügig voran. Eine umfassende Qualitätssicherung ist sowohl im Sinne aller Beteiligten als auch unserer energiepolitischen Ziele“, so LHStv. Josef Geisler abschließend. ●

ANLAGEN

BEZIRK	ANZAHL	PROZENT
Kitzbühel	522	24
Ibk.-Land	438	20
Kufstein	335	15
Lienz	240	11
Landeck	233	11
Imst	141	7
Schwaz	125	6
Reutte	92	4
Ibk.-Stadt	43	2
Summe	**2169**	**100**

HINWEISE AUS DER BERATERPRAXIS

IMMOBILIENERTRAGSSTEUER: AKTUELLE PRAXISFRAGEN

Das Gemeindebudget wird seit April 2012 bei Grundstücksveräußerungen mit der Immobilienertragssteuer (kurz: ImmoESt) belastet (§ 21 Abs 3 Z 4 KStG iVm § 30 EStG). In der Beraterpraxis sind zuletzt einige Fragen von Gemeinden, Notaren und Rechtsanwälten dazu wiederholt gestellt worden und haben für Unsicherheiten gesorgt; Nachstehend geben wir die Antworten.

Seit 01.01.2016 wird die ImmoESt mit 30% von den Einkünften aus der privaten Grundstücksveräußerung berechnet (§ 30b Abs 1 EStG idF StRefG 2015/2016). Das gilt allerdings nur für den Bereich der Einkommensteuer und damit ausschließlich für natürliche Personen. Für Körperschaften hat sich nichts geändert. Bei der Selbstberechnung der ImmoESt kann eine Steuer in Höhe von 25% entrichtet werden, wenn der Steuerpflichtige eine Körperschaft im Sinne des § 1 Abs 1 Körperschaftsteuergesetzes ist (§ 30b Abs 1a EStG idF StRefG 2015/2016). Gemeinden sind genauso wie Kapitalgesellschaften oder Vereine solche Körperschaften.

Veräußert die Gemeinde ein Grundstück, dann wird die ImmoESt seit April 2012 und unverändert heute mit 25% vom Gewinn berechnet.

Was passiert bei Umwidmungen nach dem Verkauf?

Hier geht es um viel Geld, jedenfalls dann, wenn es sich bei dem veräußerten Grundstück um „Altvermögen" im Verständnis der ImmoESt handelt (§ 30 Abs 4 EStG). Soweit das Grundstück am 31.03.2012 nicht steuerverfangen war, können vom Veräußerungserlös sogenannte pauschale fiktive Anschaffungskosten abgezogen werden. Nicht steuerverfangen war das Grundstück, wenn es keinem Betriebsvermögen zuzurechnen war (bei der Gemeinde nicht einem Betrieb gewerblicher Art zuzurechnen war; der Bodenanteil war nur steuerhängig, wenn einem bilanzierungspflichtigen Betrieb gewerblicher Art zuzurechnen), oder wenn die natürliche Person vor dem 31.03.2002 bzw. die Gemeinde vor dem 31.03.2012 schon EigentümerIn war. Dabei spielt die Umwidmung eine entscheidende Rolle – im Fall einer Umwidmung nach dem 31.12.1987 (!) können nur 40% und in allen übrigen Fällen immerhin 86% als fiktive Anschaffungskosten abgezogen werden. Als Umwidmung gilt eine Änderung der Widmung, die nach dem letzten entgeltlichen Erwerb stattgefunden hat und erstmals eine Bebauung ermöglicht, die in ihrem Umfang im Wesentlichen der Widmung als Bauland oder Baufläche im Sinne der Landesgesetze auf dem Gebiet der Raumordnung entspricht.

Das Praxisproblem ist weniger eine schon vollzogene Umwidmung, als eine noch zu erwartende oder gar zugesagte Umwidmung in Bauland. Die Selbstberechnung der ImmoESt ist für den Parteienvertreter problematisch und sein Haftungsrisiko erheblich, wenn er um die anstehende Umwidmung weiß. Das hat der Gesetzgeber erkannt und eine Erleichterung geschaffen: Seit 29.12.2015 brauchen Notar oder Rechtsanwalt nur auf die aktuelle Widmung im Zeitpunkt der Vertragsunterfertigung achten. Ist das Grundstück zur land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung gewidmet, darf die ImmoESt bei „Altvermögen“ mit 4,2 % (bei 30 % Steuersatz) oder 3,5 % (bei 25 % Steuersatz) vom Veräußerungserlös errechnet werden (vereinfachte Methode – entspricht Veräußerungserlös abzüglich 86 % Anschaffungskosten, davon ImmoESt). Erfolgt innerhalb von fünf Jahren nach der Veräußerung eine Umwidmung oder erfolgt eine Kaufpreiserhöhung auf Grund einer späteren Umwidmung, dann gilt diese spätere Umwidmung als rückwirkendes Ereignis im Sinne des § 295a der Bundesabgabenordnung.

Das heißt, dass der Veräußerer selbst und ohne Verantwortung des Vertragsverfassers diesen Vorgang beim Finanzamt melden und die Differenz auf die erheblich höhere ImmoESt von 18 % (bei 30 % Steuersatz) oder 15 % (bei 25 % Steuersatz) vom Veräußerungserlös nachzahlen muss. ●

MAG. DR. HELMUT SCHUCHTER
Steuerberater

Burgenlandstraße 39, 6020 Innsbruck
Tel. +49 676 615 6965
steuerberater@schuchter.at
www.stauder-schuchter-kempf.at

VORANSCHLAGS- UND RECHNUNGSABSCHLUSSVERORDNUNG 2015

VRV 2015 –GEMEINSAM **SCHAFFEN WIR DAS**

Im Auftrag des Tiroler Gemeindeverbandes bietet die GemNova DienstleistungsGmbH den Tiroler Gemeinden Beratung und Unterstützung bei der Vermögenserfassung und -bewertung gemäß den Regelungen der VRV 2015 an.

Im Oktober 2015 trat die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (kurz: VRV 2015) in Kraft. Diese Verordnung verpflichtet Länder und Gemeinden, spätestens für das Finanzjahr 2020 bzw. sofern sie der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen spätestens für das Finanzjahr 2019 entsprechende Voranschläge und Rechnungsabschlüsse zu erstellen.

Grundprinzipien und Ziele

Maßgebliches Ziel ist, dass auf Basis der Grundsätze der Transparenz, Effizienz und Vergleichbarkeit eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage aller Gebietskörperschaften erfolgt. Anhand eines integrierten Voranschlags- und Rechnungssystems wird diese finanzielle Lage aus Ressourcen-, Liquiditäts- und Vermögenssicht dargestellt. In diesem Sinne besteht der Haushalt aus drei Komponenten, nämlich dem Ergebnishaushalt (Aufwendungen und Erträge werden nach dem Soll-Prinzip ermittelt und dargestellt), dem Finanzierungshaushalt (Einzahlungen und Auszahlungen werden nach dem Kassenprinzip ermittelt) und aus dem Vermögenshaushalt (Vermögen und Schulden werden nach dem Wertprinzip gegenübergestellt).

Maßnahmen, weitere Unterstützungsleistungen

Um den Vorgaben der VRV 2015 zu entsprechen und insbesondere um die Vermögensrechnung ordnungsgemäß darstellen zu können ist es erforderlich, zum 01.01.2019 bzw. 01.01.2020 eine Eröffnungsbilanz zu erstellen.

Voraussetzung für die Erstellung der Eröffnungsbilanz ist die Erfassung und Bewertung des kommunalen Vermögens entsprechend den Regelungen der VRV 2015. Das bedeutet einen erheblichen Aufwand und stellt die Tiroler Gemeinden in den kommenden Jahren vor eine große Herausforderung, bei welcher die GemNova mit ihren Projektpartnern unterstützend zur Seite steht. Zur Vorbereitung der Umsetzung der VRV 2015 wurde in Tirol eine Arbeits- bzw. Projektgruppe gebildet, welche sich intensiv mit dieser Verordnung, insbesondere mit der Vermögenserfassung und -bewertung beschäftigt und für die Tiroler Gemeinden eine Vielzahl von Hilfestellungen erarbeitet sowie Unterstüt-

> *Der Haushalt besteht aus Ergebnishaushalt, Finanzierungshaushalt und dem Vermögenshaushalt.*

zungsleistungen anbietet. Die Projektpartner, die Kufgem GmbH, der Steuerberater Dr. Helmut Schuchter und die GemNova haben die Tiroler Gemeinden bereits im Herbst 2016 im Rahmen einer Roadshow über die Ziele, Grundzüge und Maßnahmen zur VRV 2015 informiert.

In einem weiteren Schritt werden nunmehr ab Mitte 2017 zweitägige Schulungen abgehalten. Im Zuge dieser Schulungen werden die mit dem Thema befassten Gemeindebediensteten über die Grundsätze und Begriffe der VRV 2015, insbesondere über die grundlegenden Prinzipien der Vermögenserfassung und -bewertung geschult (dies erfolgt durch Dr. Helmut Schuchter). Weiters erfolgt dabei durch die Kufgem GmbH eine Einschulung auf das von ihr dafür entwickelte Software-Tool „k5-EB Eröffnungsbilanz“.

Nach Abschluss dieser Schulungsmaßnahmen übernehmen die auf dieses Thema umfassend geschulten und spezialisierten Mitarbeiter der GemNova die weitere Begleitung und bieten den Tiroler Gemeinden vor Ort entsprechende Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der VRV 2015, speziell beim Prozess der Vermögenserfassung und -bewertung an. Hinsichtlich des konkreten Leistungsumfangs und der Konditionen wird die GemNova die Tiroler Gemeinden jeweils direkt kontaktieren und informieren. ●

MAG. NIKOLAUS KRAAK
Bereichsverantwortlicher Recht
GemNova DienstleistungsGmbH

Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Tel. +43 4711 28
n.kraak@gemnova.at
www.gemnova.at

FAHRTEN MIT DEN ÖFFIS SOLLEN IM LAND SELBSTVERSTÄNDLICH WERDEN

DURCH GANZ TIROL **MIT EINEM TICKET**

Tirols Gemeinden nehmen hinsichtlich der Information über den Nahverkehr eine Schlüsselrolle ein.

Unbegrenzt viele Fahrten mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln, die unter dem Dach des Verkehrsverbunds Tirol (VVT) unterwegs sind – vom Railjet bis zum Dorfbus – ermöglichen das Tiroltcket und das Regioticket ab 1. Juni. Zum Preis von 490 Euro (Tiroltcket) öffnen sich die Türen von Bus, Bahn und Tram, zwölf Monate lang. Um 380 Euro (Regioticket) nützen Tiroler alle Fahrten in zwei benachbarte Gebiete. Bis zu 75 Prozent Ersparnis bringt dieses Öffi-Angebot im Vergleich zu den bisherigen Jahres-Streckenkarten. LHStv. Ingrid Felipe: „Öffi-Fahren soll selbstverständlich sein. Die Tiroler Luft wird entlastet und das Familienbudget geschont.“ Die Tiroler Landesregierung investiert seit 2013 mehr Geld in den Nahverkehr als in den Straßenbau. Der VVT bringt diesen in allen Gemeinden des Landes ins Rollen.

Mehr Öffis, weniger zahlen

Aktuell werden 6600 Haltestellen verknüpft – auf der Schiene unter anderem von 38 Talentzügen, 6 S-Bahnen, 5 Rex-Linien und im Straßennetz von 650 Buskursen, 29 Regiobus-Systemen und 10 Regiotax-Systemen. 70 Millionen Wege von Fahrgästen verzeichnet der VVT 2016. VVT- Geschäftsführer Alexander Jug erklärt: „Wir werden nicht ruhen, bis jeder Tiroler und jede Tirolerin öffentliche Verkehrsmittel nützt.“

LHStv. Ingrid Felipe und VVT-Geschäftsführer Alexander Jug sind mit den neuen Tarifen höchst zufrieden.

Gemeinde als Info-Drehscheibe

Für die Information über Nahverkehr nehmen Tiroler Gemeinden eine Schlüsselrolle ein. Dort befinden sich nicht nur die Haltestellen direkt vor den Haustüren, in den Gemeindeämtern landen auch tausenderlei Fragen.

Wer nach Jahren oder Jahrzehnten erstmals wieder im Zug oder im Bus reist, erkundigt sich oft in der Heimatgemeinde. Auch im Sinne der Entlastung der Gemeindezentren gilt: Empfehlen Sie den öffentlichen Verkehr! Broschüren, Hilfestellungen und Details liefert das Kundencenter des Verkehrsverbundes Tirol gerne. Hotline +43 512 56 16 16; E-Mail: info@ vvt.at.

Neue Jahres-Tickets ab 1. Juni 2017

- Tiroltcket Euro 490
- Regioticket Euro 380
- Ticket für Ausgleichszulagenbezieher Euro 250
- 1 Jahr gültig
- Tickets sind nicht übertragbar, Ersatz bei Verlust möglich
- Verkauf: VVT-KundInnencenter am Hauptbahnhof Innsbruck, IVB-Kundencenter Innsbruck
- Bestellen: Formular online ausfüllen, unterschrieben an info@vvt.at übermitteln
- Bezahlen: einmalig im Voraus oder monatlich
- Reichweite Regioticket: 39 Kombinationsmöglichkeiten aus zwei von 30 Gebieten, siehe VVT-Zonenplan

MYTHOS (DE-)MOTIVATION **IM ÖFFENTLICHEN DIENST**

Den Hintergründen der (De-)Motivation sollte aus ganzheitlicher Sicht nachgegangen werden, um Mitarbeiter zu motivieren und zu binden.

VON MAG. BERNHARD SCHARMER

Das Thema „Motivation“ von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst ist ein Dauerbrenner und stellt eine der größten Herausforderungen in der Personalführung und -entwicklung dar. Meist wird nur auf Symptome der Demotivation eingegangen, deren Ursachen hingegen oft zu wenig Beachtung geschenkt. Ziel sollte es sein, den Hintergründen von (De-)Motivation aus ganzheitlicher Sicht nachzugehen, um Mitarbeiter zu motivieren und zu binden – für einen nachhaltigen Erfolg in der Kommunalverwaltung.

Die steigende Präsenz und Bedeutung dieser Thematik verdeutlicht, dass die Frage nach der Motivation der Mitarbeiter als Erfolgsfaktor im globalen öffentlichen Sektor immer mehr in den Vordergrund gerückt ist. In der aktuellen Personalwirtschaftslehre wird zunehmend davon ausgegangen, dass der Erfolg eines Unternehmens im Wesentlichen von seinen Mitarbeitern und deren Motivation abhängt.

Bleiben Aspekte der Motivation über längere Zeit unberücksichtigt, kommt es im schlimmsten Fall zu einer „inneren Kündigung“. Das ist ein sich langsam festigender Prozess, der von Demotivation, Resignation bis hin zu Apathie und Sinnverlust gekennzeichnet ist. Die Folgen für die Organisation sind Absenzen, verringerte Leistung und ungenutzte Potenziale.

Eine hohe allgemeine Mitarbeitermotivation kann nur erhalten werden, wenn bei der Erreichung der Aufgabenziele gleichzeitig auch die individuellen Bedürfnisse und Leistungsmotive der Mitarbeiter berücksichtigt werden.

Unter Motivation versteht man die Gesamtheit der Beweggründe, die zu Handlungsbereitschaft führen. Der Begriff kommt von movere (bewegen). Motivation beschäftigt sich mit dem Warum, während Motivieren sich mit dem Wie befasst. Meines Erachtens hat jeder Mensch ein großes Aktionspotenzial, das auf Entfaltung drängt – also eine kreative Energie, die abgebaut werden will, ob in der Arbeit oder in der Freizeit. Jeder Mensch ist grundsätzlich motiviert und will etwas gestalten, sich erproben und etwas bewegen. Die spezifische Motivation bewirkt dabei, dass eine Person in einer bestimmten Situation auf eine bestimmte Weise handelt.

Motivation wird konkret durch zwei Faktoren beeinflusst: 1. durch die Einstellung der Person selbst, durch ihre Wünsche, Bedürfnisse und Wertehaltung (z.B. Erfolg, Neugier, Interesse) und 2. durch die Situation und die Rahmenbedingungen, denen sich der Einzelne gegenübersieht.

Eine gute Führungskraft muss sich unweigerlich die Frage stellen, ob man andere Menschen überhaupt motivieren kann. Mit dem Thema Motivierung beschäftigt man sich meist erst dann, wenn eine mangelnde Arbeitsleistung erkennbar wird. Motivierung ist zudem der Versuch der Fremdsteuerung. Menschen sind zwar beeinflussbar, aber auf Dauer nachhaltig schwer zu steuern. Motivierungsversuche haben daher meist nur kurzfristigen Erfolg.

Es gibt diverse Theorien und Praxisansätze, die sich mit dem Thema der Mitarbeitermotivation auseinandersetzen, um der Demotivation auf den Grund zu gehen und für einen nachhaltigen Erfolg gegensteuern zu können. Darauf wird in den Folgebeiträgen in den kommenden Ausgaben spezifisch eingegangen. ●

MAG. BERNHARD SCHARMER
FLGT-Landesobmann

Untermarktstraße 5, 6410 Telfs
Tel. +43 5262 6961 - 1000
bernhard.scharmer@telfs.gv.at
www.flgt.at

SEIT 1. OKTOBER 2016 GIBT ES IN DER LANDESVERWALTUNG DEN BEREICH „GESELLSCHAFT UND ARBEIT“

GROSSE ABTEILUNG MIT **BEZUG ZU DEN GEMEINDEN**

Bereiche des Sachgebietes Arbeitsmarktförderung und der früheren Abteilung JUFF wurden zusammengeführt.

VON DR.IN INES BÜRGLER

Mit 01.10.2016 wurde in der Landesverwaltung die neue Abteilung Gesellschaft und Arbeit gegründet. Damit wurden die Bereiche des bisherigen Sachgebietes Arbeitsmarktförderung und der früheren Abteilung JUFF zusammengeführt. Die Themen sind vielfältig: sie betreffen die Bereiche Arbeit, Familie, Frauen und Gleichstellung, Integration, Jugend und SeniorInnen. In all diesen Materien gibt es Berührungspunkte mit den ebenso vielfältigen Anliegen der Tiroler Gemeinden.

Chancen für Arbeitsuchende zum Nutzen der Gemeinde

Die Arbeitsmarktförderung unterstützt einzelne Personen und Projekte zur Arbeitsmarktintegration. Unter anderem wickelt das Land Tirol gemeinsam mit dem AMS Tirol die Förderaktion „Gemeindenahes Beschäftigungsprogramm (GBP) Tirol 2017“ ab.

Mit diesem Programm werden Personen mit gemeindenahen Tätigkeiten in Beschäftigung gebracht und sollen möglichst nachhaltig im Arbeitsmarkt integrieret werden. Gemeinden und gemeinnützige Einrichtungen können so insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen ab 50 Jahre und Wiedereinsteigern eine Chance am Arbeitsmarkt geben. Dafür erhalten sie als Arbeitgeber eine Unterstützung der Lohnkosten aus Mitteln des AMS Tirol und des Landes Tirol.

Rund 1200 Arbeitsuchende wurden seit 2009 angestellt, davon 481 bei Gemeinden und 60 bei Gemeindeverbänden. 2015 fanden 95 Personen über dieses Programm Arbeit, mehr als die Hälfte konnte in ein reguläres Dienstverhältnis übernommen werden.

Gemeinden als zentraler Partner für Jugend, Familie und SeniorInnen

Die Abteilung Gesellschaft und Arbeit will junge Menschen in erster Linie dort abholen, wo sie sich aufhalten, also vor allem in den Gemeinden. Das Land unterstützt die Kommunen finanziell und ideell bei der Einrichtung von Jugendräumen, bei Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Jugend und bei der Teilhabe (Partizipation) von jungen Menschen. Insbesondere wird eine eigene Jugendgemeindeberatung Tirol angeboten.

Familien unterstützt das Land mit vielfältigen Förderangeboten. Vor allem der Familienpass enthält attraktive Vergünstigungen durch Partnerbetriebe in allen Tiroler Gemeinden, die Familienhotline ist Anlaufstelle für Fragen.

In vielen Gemeinden Tirols haben sich die Computerias als Lern- und Begegnungsorte für ältere Menschen etabliert. Mit Unterstützung Jüngerer erschließt sich, mit Lernvorteilen für alle Beteiligten, die Welt der Computer und der neuen Medien.

Lebensraum Gemeinde – Integration und Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Integration von Bewohnern mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund in die Gemeinden erfordert von allen Beteiligten Sensibilität, Geduld, Fairness, Offenheit und Toleranz sowie einen professionellen Umgang mit Spannungen und Konflikten. Das Land bietet dazu finanzielle Unterstützung unterschiedlicher Maßnahmen, insbesondere die Unterstützung von Integrationskoordinatoren in den Gemeinden, an.

Mit dem Kompetenzlehrgang für Frauen „Nüsse knacken – Früchte ernten“ sollen Frauen unterstützt werden, eine aktive Rolle in Führungspositionen und auch in Gemeinden wahrzunehmen. Der neue Lehrgang startet am 7. April 2017. ●

Nähere Informationen zu den umfangreichen Leistungen der Abteilung: *https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gesellschaft-und-arbeit/*

DR.IN INES BÜRGLER
Vorständin Abteilung Gesellschaft und Arbeit

Heiliggeiststraße 7, 6020 Innsbruck
Tel. +43 512 508 3140
gesellschaft.arbeit@tirol.gv.at
www.tirol.gv.at/gesellschaft-arbeit

INFORMATION ZUR BESCHÄFTIGUNGSAKTION 20.000

GUTE PLÄNE BRAUCHEN **PARTNER**

Ältere Menschen wollen durch Arbeit einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

VON ANTON KERN

Ältere langzeitarbeitslose Menschen wollen durch Arbeit nicht nur ihr Einkommen und ihre Pensionen sichern, sie möchten auch einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Leider müssen sie oft erleben, dass sie aufgrund ihrer langen Arbeitslosigkeit nicht mehr zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden. Mut- und Ratlosigkeit führen dazu, dass sie Stärken und Berufs- und Lebenserfahrungen, die sehr wohl vorhanden sind, nicht mehr einbringen können.

Die Bundesregierung will daher im Rahmen der „Beschäftigungsaktion 20.000“ für über 50-jährige langzeitarbeitslose Menschen 20.000 Arbeitsplätze, darunter rund 800 in Tirol, pro Jahr in Gemeinden, über gemeinnützige Trägervereine finanzieren und damit die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe halbieren. Der Schlüssel zum Erfolg liegt sicher darin, in den Regionen bzw. Gemeinden Beschäftigungsmöglichkeiten zu lokalisieren und über die Beschäftigungsaktion 20.000 älteren Langzeitarbeitslosen einen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Die Tiroler Gemeinden sind hier die erste Adresse, denn sie kennen die Lage vor Ort. Die Gemeinden erwiesen sich bereits in der Vergangenheit als unverzichtbare Partner, wenn es darum ging, Ältere und Langzeitarbeitslose für öffentliche und gemeinnützige Tätigkeiten, wie z.B. im Sozialbereich, in Ortsbild- oder Landschaftspflege, Umweltschutz oder Sport, Kunst und Kultur einzusetzen. Wobei im Rahmen dieses Programms Gemeinden durchaus auch Projekte umsetzen könnten, für die aus dem eigenen Gemeindebudget keine Mittel für die Anstellung von zusätzlichen Beschäftigten bereitstünden. AMS und Land Tirol hoffen auch bei diesem ambitionierten Programm auf Unterstützung seitens der Gemeinden.

Die Beschäftigungsaktion 20.000 startet im Juli 2017. Das Modell wird so ausgestaltet, dass es keine Verdrängungseffekte gibt. Die Mittel zur Finanzierung der 20.000 Arbeitsplätze stehen durch die Aktivierung aus der Arbeitslosenversicherung und zusätzlicher 200 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden auf zwei Jahre (bis Juni 2019) befristet zur Verfügung gestellt.

Nach Vorliegen der konkreten Durchführungsbestimmungen, die bis spätestens Ende April 2017 vorliegen sollen, werden die LeiterInnen der regionalen Geschäftsstellen des AMS Tirol mit den BürgermeisterInnen der jeweiligen Bezirke Kontakt aufnehmen. ●

BAUGRUPPENMODELLE IN STÄDTEN UND DÖRFERN

MEHRWERT FÜR DIE **GEMEINDEN**

In Tirol sind Baugruppen noch selten, dabei können sie vieles für die Kommunen leisten. Warum sie sowohl für städtische Zentren als auch für kleine Gemeinden einen Mehrwert bringen können, erläutern DI Daniel Fügenschuh, DI Robert Ortner und DI Michael Pfleger im Expertengespräch.

Was sind Baugruppen und was können sie für die Gemeinschaft leisten?

Michael Pfleger: Baugruppen sind Zusammenschlüsse von mehreren, die ein Wohnprojekt miteinander realisieren wollen, …

Daniel Fügenschuh: … und zwar nicht nur zum Eigenzweck, sondern auch mit einem Sinn für kommunale Belange.

Pfleger: Oft sind das gemeinsame Wohnen und der Wunsch, ein Projekt miteinander umzusetzen, eine große Motivation. Baugruppen haben oft eine starke Identifikation mit dem Haus, mit der Gemeinschaft. Dabei setzen sie oft gemeinsame Nutzungen um, die auch Menschen außerhalb des Hauses zugute kommen. Das kann ganz unterschiedliche Schwerpunkte und Charakteristika haben.

Fügenschuh: Eine Baugruppe kann sich zum Beispiel gemeinsame Räume teilen: ein Gästezimmer oder eine Küche, wo man gemeinsam kocht. Verschiedene Altersgruppen, wie Studierende und Senioren, können sich zusammentun und sich gegenseitig aushelfen. Oder es kann eine Wirkung nach außen geben, wenn ein Stadtteilzentrum oder ein Café entsteht. Bei geteilten Funktionen hat man nicht nur soziale Vorteile, sondern auch geringere Kosten.

Welche Schritte sind notwendig, damit eine Baugruppe ein Projekt umsetzen kann, und welche Funktionen übernehmen die Gemeinden?

Fügenschuh: Im Prinzip ist es ganz einfach: In kleinem Maßstab kann es so funktionieren, dass eine Gruppe beschließt, gemeinsam zu bauen, sich ein Grundstück kauft und sich einen Architekten nimmt.

Pfleger: Gerade im städtischen Bereich sind aber die Grundstückspreise eine Hürde. Eine Gemeinde, die Interesse an Baugruppenmodellen hat, kann aber als Grundbesitzer den Grund zu einem festgelegten Preis vergeben mit dem Gegengeschäft, dass sie einen sozialen Mehrwert dafür haben möchte. Baugruppen können sich mit ihren Konzepten bewerben und eine Jury entscheidet dann über die Vergabe. Entscheidend ist das bessere Konzept, im Sinne eines Mehrwerts für das Quartier, nicht der Preis.

Robert Ortner: Der Mehrwert für Gemeinden entsteht schon alleine dadurch, dass Gespräche geführt werden und man sich überlegen muss, was man will und was eine Baugruppe bringen kann. Eine Gemeinde kann zum Beispiel beschließen: Wir haben ein Grundstück, das raumplanerisch gut geeignet ist. Anstatt es zu parzellieren und mehrere kleine Bauplätze zu verkaufen, geben wir das Ganze an eine Baugruppe, welche sich mit einer Idee bewirbt. Interessant wäre auch, solche Modelle auf Baurechtsbasis durchzuführen.

Fügenschuh: Insbesondere für Dorfkerne, die leer sind, sind Baugruppenmodelle geeignet, damit werden auch dörflichen Strukturen fortgeführt. Es gibt beispielsweise große Gasthäuser, die nicht mehr in Betrieb sind. Die könnten junge Leute aus dem Ort als

Als Baugruppe zu einem guten Ergebnis: Planung zum Projekt Seestern Aspern.

Baugruppe übernehmen und – auch mit Eigenleistung – herrichten.

Baugruppen haben oft sehr konkrete Vorstellungen von den Funktionen ihres Gebäudes. Inwiefern sind Architekten hier besonders gefordert?

Fügenschuh: Architekten sind wichtige Partner, weil sie vom Fach sind und sich beratend einbringen können. Wohnungen, Begegnungszonen, das ganze Gebäude werden dann so gestaltet sein, wie man es braucht. Das hat einfach eine höhere Qualität. Natürlich kostet die Beratung auch etwas, dafür wird aber das Bauen billiger, wenn man sich vorher überlegt, was man baut.

Ortner: Es ist auf jeden Fall wichtig, dass ein Architekt solche Projekte begleitet, allein schon weil er weiß, was – technisch und gesetzlich – möglich ist. Die OIB-Richtlinien, die Tiroler Bauordnung und das Raumordnungsgesetz gelten ja für Baugruppen genauso wie für alle anderen.

Können in Bezug auf die Finanzierung besondere Vereinbarungen getroffen werden?

Pfleger: Die vertraglichen Bestimmungen können zum Beispiel so sein, dass man mit einer gewissen Summe am Anfang einsteigt und dann noch eine kleine Miete und die Betriebskosten zahlt. Wer auszieht, bekommt das am Anfang eingezahlte Geld wieder zurück …

Fügenschuh: … und nicht er, sondern die Baugruppe sucht den neuen Mitbesitzer oder -bewohner aus. Das hat auch Sinn, weil der Wertgewinn bei der Baugruppe bleiben soll.

Gibt es einen Leitfaden, an dem sich potenzielle Gründer von Baugruppen orientieren können?

Pfleger: Hier wäre es wertvoll, die Grundlagen – gesetzliche Rahmenbedingungen, Finanzierungsmöglichkeiten und so weiter – für Tiroler Verhältnisse aufzubereiten. Wir haben vor, mit diesem Wunsch bei der Wohnbauforschung einmal anzuklopfen. ●

DI DANIEL FÜGENSCHUH
Vorsitzender der Sektion Architekten
in der Kammer der Architekten
und Ingenieurkonsulenten für
Tirol und Vorarlberg

DI ROBERT ORTNER
Land Tirol
Sachgebietsleiter Raumordnung

DI MICHAEL PFLEGER
Stadtmagistrat
Büro Stadtrat Mag. Gerhard Fritz

NÄHERE INFORMATIONEN:
KAMMER WEST
TEL. +43 512 588335
ARCH.ING.OFFICE@KAMMERWEST.AT
WWW.KAMMERWEST.AT

GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE TIROLER GEMEINDEN

BETREUUNG DER **0- BIS 14-JÄHRIGEN**

In den vergangenen Jahren haben sich die Ansprüche an die Bildungs- und Betreuungsangebote der Tiroler Gemeinden stets erhöht. Die Anforderungen und Auswirkungen dieser Entwicklung erfordert gut überlegte Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Gemeinden sind vieles: Wohnort, Arbeitsort, Zentrum für Vereinsaktivitäten und soziales Engagement, Geburtsort, Lebensraum und letzte Ruhestätte. Gemeinden stellen ein umfangreiches Angebot zur Verfügung, um den Gemeindebürgern ein angenehmes (Zusammen-)Leben zu ermöglichen. Seit einigen Jahren wird an die Tiroler Gemeinden auch der Anspruch gestellt, ein umfassendes Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche anzubieten – vom Bund, dem Land bis hin zu den Familien ergeben sich dabei vielschichtige Verpflichtungen und Anforderungen.

Die gesetzliche Verpflichtung

Sowohl im Bereich der Kinderbetreuung als auch im Schulbereich gibt es unzählige gesetzliche Anforderungen, die durch die Gemeinden zu erfüllen sind. Bestens bekannt sind das verpflichtende Kindergartenjahr und die allgemeine Schulpflicht. Noch nicht so geläufig und in allen Gemeinden im Detail bekannt sind etwa die Neuerungen durch die Novelle des Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes, welches mit 01.09.2016 in Kraft getreten ist, sowie das Bildungsinvestitionsgesetz, das mit 01.09.2017 in Kraft treten und die bestehende Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG im Pflichtschulbereich bis zum Schuljahr 2018/19 vollständig ersetzen wird. Dazu kommen Bundesverordnungen hinsichtlich der ganztägigen Betreuung von

Mit dem konventionellen Schulunterricht ist es nicht mehr getan. An die Tiroler Gemeinden wird längst der Anspruch gestellt, für Kinder und Jugendliche ein umfassendes Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Daraus ergeben sich vielschichtige Verpflichtungen und Anforderungen.

Schülern (z.B. Betreuungspläne) sowie Regelungen aus dem Tiroler Schulorganisationsgesetz und verschiedener Landesrichtlinien.

Der demografische Wandel
Aus Sicht der demografischen Entwicklung ergeben sich für die Gemeinden unterschiedliche Herausforderungen. Während die ländlich geprägten Gemeinden zunehmend gegen die Landflucht strategisch vorgehen müssen, haben urbane Gemeinden eine starke Bevölkerungszunahme in kurzer Zeit zu bewältigen. Um diese differenzierten Ansprüche abzubilden und dabei die gesetzlichen Anforderungen umzusetzen, sind unterschiedliche Herangehensweisen notwendig. In den urbanen Gebieten gilt es, möglichst frühzeitig zu erkennen, wann das Betreuungsangebot nicht mehr ausreicht, um rechtzeitig neue Angebote zu schaffen. In den ländlichen Gebieten wird man unter Umständen zukünftig über die Gemeindegrenzen hinausblicken, um das verpflichtende Betreuungsangebot auch wirtschaftlich bewältigen zu können.

Der räumliche Anspruch
Bildungs- und Betreuungseinrichtungen müssen heute vielfältige Anforderungen abdecken: Lernen, Spielen, Bewegen, Erholen, Kommunizieren, Essen, Fördern von kreativen und künstlerischen Begabungen und vieles mehr. Dazu ist es notwendig, dass auch die baulichen Anlagen den neuen Ansprüchen gerecht werden – gelernt wird nicht mehr nur in der Klasse oder im Gruppenraum. Vielmehr wird die gesamte Einrichtung inklusive der Außenbereiche und der unmittelbaren Nachbarschaft für die Erfüllung des Bildungs- und Betreuungsauftrages verwendet. Ergänzend kommt noch dazu, dass die Räume zukünftig nicht nur stundenweise, sondern auch ganztägig bespielt werden.

Der gesellschaftliche Rahmen
Und zu guter Letzt stellen auch die Familien höhere Ansprüche an die Gemeinden. Ganztägig und ganzjährig soll die Betreuung der Kinder sein, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Dabei soll auch höchste Qualität und Flexibilität geboten und auf alle Besonderheiten, von der Nahrungsmittelunverträglichkeit über die sprachliche Bildung bis hin zu besonderem Förderbedarf, eingegangen werden. Dabei muss das Betreuungsangebot für die Familien noch leistbar bleiben.

Lösungsvorschläge
Fertige Lösungen zur Bewältigung der vielfältigen Anforderungen gibt es nicht auf Knopfdruck – Konzepte zur Herangehensweise dagegen schon. Wichtig dabei ist, die Problemstellungen aus mehreren Perspektiven und möglichst unpolitisch darzustellen. Essenziell ist eine ganzheitliche Betrachtung unter Berücksichtigung aller Aspekte, auch der Wirtschaftlichkeit.

Wir von GemNova unterstützen die Gemeinden in der Erarbeitung möglicher Lösungen – von der demografischen Analyse bis hin zum fertigen Umsetzungskonzept, das unter anderem alle infrastrukturellen Anforderungen berücksichtigt. Dabei können wir jeweils die fachlichen Spezialisten einbinden und so umfassende und ganzheitliche Ansätze erarbeiten. Wir betrachten die Fragestellungen sowohl regional als auch überregional und können so auch kleineren Gemeinden auf deren Bedürfnisse angepasste Konzepte zur Verfügung stellen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Anforderungen flächendeckend und wirtschaftlich nur gemeindeübergreifend lösbar sind. Das erfordert die Bereitschaft, etwaiges Kirchturmdenken aufzugeben und neue Wege zu gehen. Wir von GemNova begleiten Sie gerne dabei. ●

CHRISTINA FABIAN, MA
Bereichsverantwortliche Bildungspool
GemNOva Dienstleistungs GmbH

Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Tel. +43 50 4711 26
c.fabian@gemnova.at
www.internet.at

ING. MAG. (FH) JOSEF LIEGL
Bereichsleiter Infrastruktur
GemNOva Dienstleistungs GmbH

Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Tel. +43 50 4711 12
j.liegl@gemnova.at
www.gemnova.at

EINE FAIRE LASTENAUFTEILUNG IST DRINGEND ERFORDERLICH

HOCHWASSERSCHUTZ **IST AUFGABE DER GEMEINDEN**

Hochwasserschutz für gefährdete Siedlungs- und Gewerbegebiete ist nur dann wirklich umsetzbar, wenn die Planung gemeindeübergeifend und regional abgestimmt erfolgt. Die Schaffung eines Wasserverbandes ist oftmals sinnvoll.

VON DI MARKUS FEDERSPIEL

Der Umgang mit Naturgefahren, insbesondere auch mit Hochwasser, erfordert eine gemeinsame Vorgangsweise verschiedener Verwaltungseinheiten und Gebietskörperschaften. Hochwasserschutz ist Gemeindeaufgabe, und zwar unabhängig davon, ob Talflüsse oder Wildbach.

Ein Hochwasserschutz für die gefährdeten Siedlungs- und Gewerbegebiete ist nur dann umsetzbar, wenn die Planung gemeindeübergreifend und regional abgestimmt erfolgt. Grundsätzlich kann jede Gemeinde den für sie notwendigen Hochwasserschutz umsetzen. Mit einer Einschränkung: Es darf zu keiner Verschärfung der Hochwassersituation für die Unterlieger kommen. Das gilt für ein Schutzprojekt in den Seitentälern genauso wie für den Hochwasserschutz im Inntal.

Faire Zusammenarbeit aller

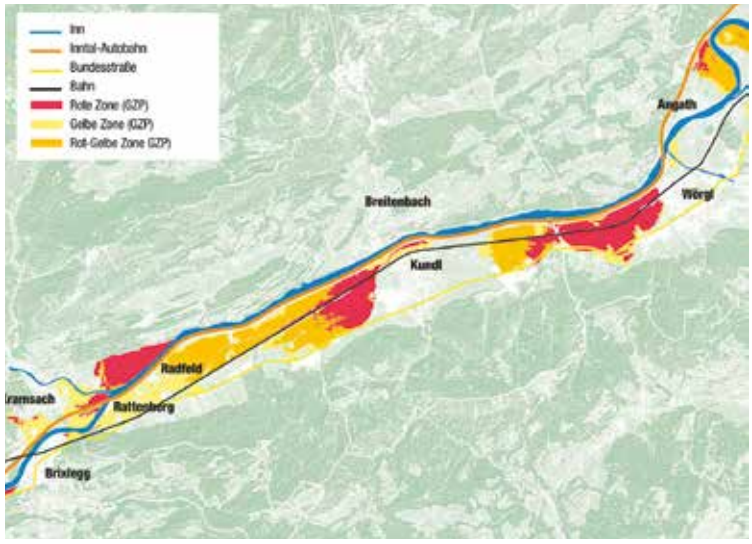
Gerade in Tallagen kommt es vor, dass eine Gemeinde auf ihrem eigenen Gemeindegebiet nicht über alle notwendigen Räume für den Hochwasserschutz verfügt. Dann braucht es – wie aktuell im Unterinntal – die Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden in Form eines Wasserverbandes. Für eine faire Lastenaufteilung unter den Interessenten wird anhand nachvollziehbarer Parameter eine differenzierte Kostenaufteilung festgelegt. Das passiert derzeit im Unteren Unterinntal.

Gemeinden bzw. Wasserverbände können Schutzmaßnahmen nicht alleine finanzieren. Deshalb werden sie dabei vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie vom Land Tirol finanziell wie auch in der Projektabwicklung unterstützt. Der konkrete Fördersatz für die einzelnen Projekte variiert je nach Maßnahme. Außerdem wird bei der Finanzierung

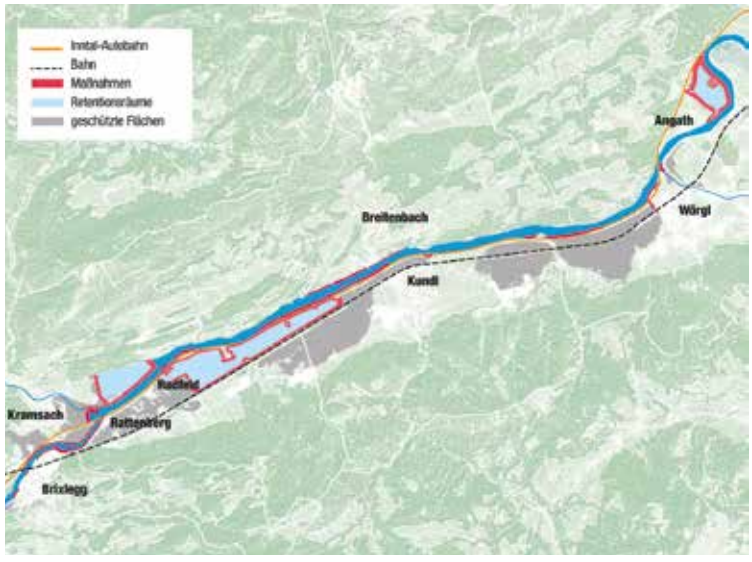
> *Hochwasserschutz ist Gemeindeaufgabe, und zwar unabhängig davon, ob Talflüsse oder Wildbach.*

von Schutzmaßnahmen zwischen sogenannten Bundesflüssen (Inn, Ziller, Lech, Drau, Isel, Gail, Brixentaler Ache) und Interessentengewässern, also allen anderen Gewässern, unterschieden. Aktuell liegt der Fördersatz für Hochwasserschutzmaßnahmen an Bundesflüssen bei 80 bis 85 Prozent. Bei allen anderen Flüssen fördert das

Hochwasserschutz Kössen, Retentionsraum Kohlenbachmündung



Inn von Brixlegg bis Angath – Gefahrenzonenplan Inn.



Inn von Brixlegg bis Angath – Hochwasserschutz Unteres Unterinntal.

BMLFUW 40 Prozent der Projektkosten, das Land beteiligt sich mit weiteren 40 Prozent. Die Interessenten müssen demnach zwischen 15 und 20 Prozent beisteuern.

Hochwasserrückhalt vor Ort hat größte Wirkung

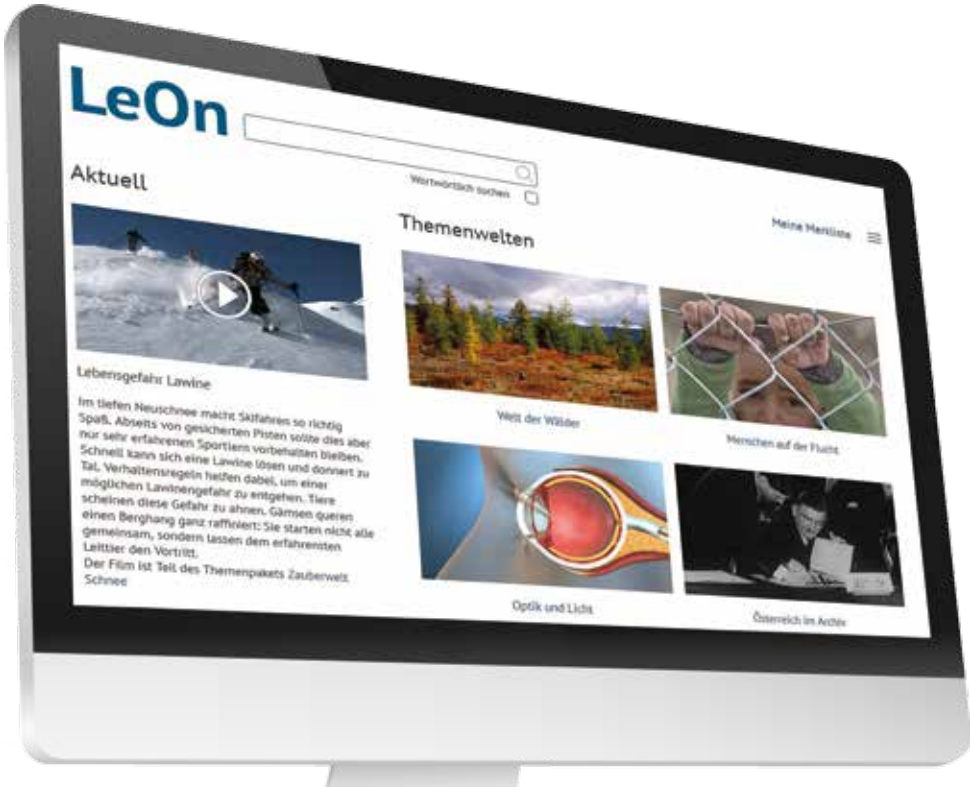
Hochwasserrückhalt funktioniert immer dann gut, wenn eine Retentionsmaßnahme in unmittelbarer Nähe der zu schützenden Gebiete umgesetzt wird. Das hat nunmehr auch eine Studie der TU Wien zur alpinen Retention im Auftrag der Wildbach- und Lawinenverbauung und der Bundeswasserbauverwaltung Tirol ergeben. In dieser Studie wurde untersucht, welche Wirkung 130 Rückhaltebecken im alpinen Raum mit einem Fassungsvermögen, das zweimal dem Speicher Stillupp entspricht, auf die Hochwasserwelle am Inn bei den Hochwasserereignissen 1985, 1987 und 2005 gehabt hätten. Fazit: Die Hochwasserabflüsse des Inn hätten selbst im Idealfall nur in einem marginalen Prozentsatz verringert werden können.

Hochwasserschutz am Inn

Beispielsweise beim Hochwasserschutz von Brixlegg bis Angath (Unteres Unterinntal) ist diese Zusammenarbeit besonders wichtig – es gilt, 2200 Häuser und 160 ha Bauland zu schützen. 18 km Mauern und Dämme, drei optimierte Retentionsräume und ein Fassungsvermögen von insgesamt 8,5 Millionen Kubikmetern Wasser – so lauten die Eckdaten des generellen Hochwasserschutz-Projektes des Landes, das als Grundlage für konkrete Detailplanungen dienen soll. ●

DI MARKUS FEDERSPIEL
Sachgebiet Schutzwasserwirtschaft und Gewässerökologie

Herrengasse 1, 6020 Innsbruck
Tel. +43 512 508 4210
schutzwasserwirtschaft@tirol.gv.at
www.tirol.gv.at/schutzwasserwirtschaft-gewaesseroekologie



MEDIENZENTRUM FÜR SCHULEN

MEDIENPORTAL **LEON WURDE ZUM ERFOLGSMODELL**

Das Medienportal LeOn hat sich erfolgreich weiterentwickelt und ist aus Tirols Schulen nicht mehr wegzudenken. Mehr als 430 Tiroler Schulen nutzen bereits die Plattform des Medienzentrums des Landes Tirol. Den Lehrpersonen stehen per Mausklick 48.000 Objekte (Filme, Abeitsblätter, interaktive Übungen, Bilder) zur Verfügung.

In einem jahrelangen aufwändigen Prozess hat das Tiroler Bildungsinstitut – Medienzentrum den Umstieg vom klassischen Video-/DVD-Verleih auf ein stark genutztes Online-Medienportal „LeOn“ (das für „Lernen Online“ steht) vollzogen. 2008 als Pilotprojekt gestartet, verwenden heute fast alle Neuen Mittelschulen, mehr als die Hälfte der Tiroler Volksschulen und viele Polytechnischen und Höheren Schulen LeOn im schulischen Alltag.

LeOn ist einfach

LeOn ist sehr einfach in der Handhabung: Auf den Film klicken und abspielen, Arbeitsblatt anklicken und herunterladen, interaktive Übung ohne Installation starten. Alle Lehrpersonen können das ganze Jahr LeOn rund um die Uhr nutzen, in der Schule und zu Hause – ohne Begrenzung des Downloadvolumens, ohne Reservierung, ohne Rückgabepflicht.

Starke Nutzung

Derzeit stehen den Lehrpersonen in rund 1730 Themenpakete 10.000 Bilder, 13.000 Filme, 19.000 Arbeitsblätter und 3900 interaktive Master-Tool-Übungen für den Unterricht zur Verfügung. In fast allen Fächern wird man fündig. Wie stark LeOn verwendet wird, zeigen die Nutzungszahlen: So wurden im Schuljahr 2015/16 insgesamt 29.000 verschiedene Medien abgerufen, 155.000 Mal Filme gestreamt und 30.000 Mal Arbeitsblätter heruntergeladen. Mit 10.000 Aufrufen sind auch die interaktiven Übungen absolut gefragt.

Überschaubare Kosten

Die Nutzung des Medienportals ist mit überschaubaren Kosten verbunden. Die Gebühr im Schuljahr beträgt pro SchülerIn € 2,20. Aber es gibt

Das Konzept eines Medienzentrums, das alle Schulen mit Medien versorgt, trägt wesentlich zur Unterrichtsqualität bei.

Obergrenzen für Schulen mit vielen SchülerInnen, z.B. € 140 für die Volksschule oder € 390 für die Neue Mittelschule. Dafür können das ganze Jahr die Medien von LeOn genutzt werden. Noch ein Pluspunkt: Auch Software wie das „Autorensystem MasterTool“ und die „Österreichische Schulschrift“ kann man bei LeOn herunterladen.

Wozu ein Medienzentrum?
Das Konzept eines Medienzentrums, das alle Schulen mit Medien versorgt, trägt wesentlich zur Unterrichtsqualität bei. Für die Schultauglichkeit der Medien sorgt ein qualifiziertes Team, über rechtliche Fragen brauchen sich Lehrpersonen nicht mehr den Kopf zu zerbrechen.

Gäbe es kein Medienzentrum, müssten sich alle Schulen selber mit Unterrichtsmedien versorgen. Das würde in Summe große Mehrkosten verursachen. Zudem wird auf LeOn der Content aktuell gehalten. Dafür investiert das Land Tirol jährlich € 100.000 in den Ankauf von neuen Filmen und Arbeitsblättern.

Ausgezeichnet
Das Medienportal LeOn des Landes Tirol hat seinen rund 8000 Usern einiges zu bieten. Das hat auch eine internationale Jury erkannt und LeOn im Jahr 2015 in Berlin als „pädagogisch, inhaltlich und gestalterisch herausragend“ mit dem Europäischen Comenius-EduMedia-Siegel ausgezeichnet.

Zum Gelingen des Projekts haben starke Partner wie TiBS (Tiroler Bildungsservice) und DVT (Datenverarbeitung Tirol) beigetragen. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern gute Ausstattung der Tiroler Schulen mit Beamern und Internet war ein wesentlicher Baustein.

HÖHEPUNKT IM KOMMUNALEN GESCHEHEN ENDE MAI 2017

FULPMES WIRD ZUR **MARKTGEMEINDE**

Nach einem Bewerbungsprozess und einer Prüfung durch das Land Tirol wird Fulpmes die 21. Tiroler Marktgemeinde. Dem zu Ehren wird vom 26. bis 28. Mai 2017 das 1. Fulpmes-Fest veranstaltet.

Sie freuen sich auf das Fulpmes-Fest samt Markterhebung: Kulturausschussobmann GR Fabian Muig, Landesrat Mag. Johannes Tratter und Bürgermeister Mag. Robert Denifl (von links). Ende Mai wird in der Stubaier Gemeinde gefeiert.

Gemeinden von besonderer regionalen Bedeutung können von der Tiroler Landesregierung den Ehrentitel „Marktgemeinde“ verliehen bekommen. Diese Ehre wird, als erster Gemeinde im Stubaital, Fulpmes zuteil. Bereits im Sommer 2016 wurden die ersten Schritte für die Bewerbung als Marktgemeinde gesetzt. In einem einstimmigen Grundsatzbeschluss hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 21. Juni 2016 die vom Kulturausschuss vorbereiteten Bewerbungsunterlagen genehmigt. Darauf folgte ein Treffen des Gemeindevorstandes und des Kulturreferenten mit den für Gemeinden zuständigen Landesrat Mag. Johannes Tratter. Er leitete die Bewerbungsunterlagen an die Gemeindeabteilung des Landes Tirol weiter und sicherte seine Unterstützung zu. Nach positiver Prüfung kam Ende 2016 das O.k. für die Markterhebung der Gemeinde Fulpmes.

Neues Team setzt alte Idee um

Die Idee der Markterhebung der Gemeinde Fulpmes ist nicht neu. Aufgrund der urbanen Struktur und der besonderen regionalen Bedeutung wurde in Fulpmes bereits in den 1990er-Jahren das Thema „Marktgemeinde“ aufgegriffen. Auch in der letzten Gemeinderatsperiode gab es Tendenzen in Richtung einer Markterhebung.

Die neuen und jungen Mandatare griffen diese alte Idee wieder auf – diesmal mit dem Ziel, sie auch umzusetzen. Dieses Ziel wurde erreicht!

Marktgemeinde mit strategischem Hintergrund

Die Markterhebung bringt weder finanzielle Vor- noch Nachteile. Vielmehr handelt es sich um einen symbolischen Ehrentitel. Für die gewählten Mandatare steckt aber viel mehr dahinter.

Mit einer Strategie sollen künftig die Bereiche „Dorfbelebung“, „Dorfgestaltung“ und Tourismus besonders berücksichtigt werden. Die Markterhebung sei hier nicht das Ende, sondern erst der Beginn dieses Prozesses. Gerade die künftigen Projekte sollen unter dem Mantel der Marktgemeinde finalisiert werden. So soll das „Kranerhaus“, in welches das Gemeindeamt umsiedeln wird, als Rathaus tituliert werden. Künftig wird auch ein entsprechender Marktplatz rund um die Kirche entstehen.

Den Kulturausschuss sieht der Obmann Fabian Muigg als treibende Kraft in dieser Strategie. Mit verschiedensten Ideen soll Fulpmes weiterhin aktiv bleiben. Der Musikpavillon soll als Veranstaltungszentrum adaptiert und die Lärmproblematik gelöst werden, womit wieder vermehrt Feste stattfinden können. Mit der heimischen Gastronomie und dem Handel soll eng kooperiert werden. So soll

unter dem Motto „Fahr nicht fort, kauf im Ort!“ auch die Kaufkraft in Fulpmes gestärkt werden. Das Jahr 2017 steht somit voll und ganz unter dem Thema „Dorfbelebung“ und der Initiative „Fulpmes lebt!“

50 Jahre Städtepartnerschaft Fulpmes – Villepreux
Ein Mitgrund für die Markterhebung ist die seit 1967 bestehende Freundschaft zwischen Fulpmes und Villepreux. Die französische 10.000-Einwohner-Gemeinde Villepreux liegt 12 km von Versailles entfernt und pflegt seit nun 50 Jahren einen regen Austausch mit Fulpmes. Herzstück dieser Partnerschaft ist ein jährlich stattfindender Jugendaustausch.

Fulpmes-Fest vom 26. bis 28 Mai
Festakt anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft Fulpmes – Villepreux und der Markterhebung der Gemeinde Fulpmes.

WIR **GRATULIEREN.**

Der Tiroler Gemeindeverband wünscht alles Gute zum Geburtstag.

BGM. **MAG. WILFRIED FINK**
Schönwies — 60

BGM. **MAG. PETER SCHÖNHERR**
Neustift i. St. — 60

BGM. **MAG. MARTIN KRUMSCHNABEL**
Kufstein — 55

ALT-BGM. **JOSEF GATT**
Tulfes — 65

BGM. **ELISABETH DAXAUER**
Niederndorferberg — 50

BGM. **JOSEF MAIR**
Dölsach — 60

BGM. **DR. WOLFGANG JÖRG**
Landeck — 55

ALT-BGM. **WILLI HÄSELE**
Reutte — 75

BGM. **JOHANN DREIER**
Weißenbach a. L. — 60

ALT-BGM. **JOSEF GRANDER**
St. Johann i. T. — 70

BGM. **ING. RUDOLF PUECHER**
Brixlegg — 60

AKTUELLES **AUS DER GESCHÄFTSSTELLE**

VON MAG. PETER STOCKHAUSER UND MAG. CLEMENS PEER

VERBRAUCH DES ERHOLUNGSURLAUBES BZW. FREIZEITAUSGLEICH BEI ÜBERSTUNDEN

Aus aktuellem Anlass darf darauf hingewiesen werden, dass der Verbrauch des Erholungsurlaubes gemäß § 76 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 – G-VBG 2012 (eine sinngemäße Bestimmung findet sich auch für Gemeindebeamte) rechtzeitig vor jedem Urlaubsantritt unter Berücksichtigung der dienstlichen Interessen mit dem Dienstgeber zu vereinbaren ist. Der Anspruch auf Erholungsurlaub verfällt grundsätzlich, wenn der Vertragsbedienstete den Erholungsurlaub nicht bis zum 31. Dezember des dem Urlaubsjahr folgenden Kalenderjahres verbraucht hat (siehe dazu im Detail § 79 G-VBG 2012). Zeitausgleichguthaben sind ebenfalls möglichst zeitnah zu konsumieren. § 29 Abs. 6 G-VBG 2012 sieht diesbezüglich vor, dass ein Freizeitausgleich bis zum Ende des sechsten auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats zulässig ist. Diese Frist für den Freizeitausgleich kann nur auf Ansuchen des Vertragsbediensteten oder mit seiner Zustimmung erstreckt werden, soweit dem nicht dienstliche Interessen entgegenstehen.

AKTENVORLAGE AN DAS LANDESVERWALTUNGSGERICHT

Über Anregung des Landesverwaltungsgerichts wird darauf hingewiesen, dass – sofern keine Beschwerdevorentscheidung zu erlassen ist bzw. erlassen wird – Beschwerden gegen Bescheide der Gemeindeorgane unverzüglich dem Landesverwaltungsgericht (samt den bezugnehmenden Akten im Original) vorzulegen sind. Zur Frage, ob eine Beschwerdevorentscheidung zu erlassen ist und in welcher Form die Vorlage der Akten an das Landesverwaltungsgericht zu erfolgen hat, wurde bereits im Newsletter 10/2014 ausführlich informiert. Demgemäß ergeben sich teilweise gravierende Unterschiede zwischen den Abgabenverfahren nach der BAO und den (bspw. im Baurecht) zu führenden Verfahren nach dem AVG. Bei der Vorlage der Akten im Zusammenhang mit einem Abgabenverfahren sind die Bestimmungen nach §§ 265 und 266 BAO zu beachten. Demgegenüber ist in den nach dem AVG zu führenden Verfahren eine Beschwerdevorentscheidung nicht zwingend vorgesehen. Auch im Zusammenhang mit der Vorlage des (Bau) - Aktes an das Landesverwaltungsgericht ist etwa kein Vorlagebericht, Aktenverzeichnis etc. erforderlich.

64. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE 2017 IN SALZBURG

Der 64. Österreichische Gemeindetag findet am 29. und 30. Juni 2017 im Messezentrum Salzburg statt und steht im Zeichen der kommunalen Infrastruktur und dem Motto „ursprünglich und innovativ“. Der inhaltliche Bogen reicht vom Finanzausgleich, den Herausforderungen bei der Umsetzung von Großprojekten bis hin zur Neubewertung des kommunalen Vermögens durch das neue Rechnungswesen. Auf Fragen wie Strukturschwäche und Abwanderung ebenso wie nach dem richtigen Maß an staatlicher Aufgabenerfüllung und Mittelverteilung müssen Antworten gefunden werden, damit die Gemeinden auch weiterhin allen Österreicherinnen und Österreichern gleichwertige Lebensbedingungen ermöglichen können. Die Kommunalmesse beginnt zeitgleich mit dem Gemeindetag. Den Höhepunkt des Gemeindetages bildet die Haupttagung am Freitag, den 30. Juni. Dieses Ereignis werden der Bundespräsident, die Spitzen des Österreichischen Gemeindebundes und zahlreiche Gemeindemandatare ebenso besuchen wie Mitglieder der Bundesregierung.

Weitere Informationen zu dieser Veranstaltung finden sich auf der Homepage des Österreichischen Gemeindebundes unter http://gemeindebund.at/gemeindetag.

MAG. PETER STOCKHAUSER
Geschäftsführer

Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

Tel. 0512 587 130-12
Fax: 0512 587 130-14
p.stockhauser@gemeindeverband-tirol.at
www.gemeindeverbandtirol.at

MAG. CLEMENS PEER
Geschäftsführer-Stv.

Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

Tel. 0512 587 130-12
Fax: 0512 587 130-14
c.peer@ gemeindeverband-tirol.at
www.gemeindeverbandtirol.at

TIROL.KOMMUNAL

IMPRESSUM

Herausgeber: Tiroler Gemeindeverband, Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck,
Tel. 0512 587 130, E-Mail: tiroler@gemeindeverband-tirol.at

Geschäftsführung: Mag. Peter Stockhauser

Redaktion: Tel. 0676 534 63 05; Peter Leitner (Chefredaktion), peter.leitner@objectiv.at

Adressverwaltung: Bianca Föger, Tel. 0512 587 130-11, b.foeger@gemeindeverband-tirol.at

Grafik: Thomas Max, Tel. 01 532 23 88 - 42, thomas.max@kommunal.at;
Yvonne Scholz, Tel. 01 532 23 88 - 17, yvonne.scholz@kommunal.at

Fotos: Shutterstock, FH St. Pölten, André Schönherr, Land Tirol, Talmarkt Matrei, Raiffeisen/Forcher, Gerhard Berger, Kufgem, miam miam, Kahn, Philipp Naderer, Robert Ortner, Michael Pfleger, Ranalter/Bezirksblätter Tirol, Fotolia, NHT/Oss.

Anzeigenberatung: Bianca Föger, Tel. 0512 587 130-11, b.foeger@gemeindeverband-tirol.at

Hersteller: Walser Druck, Anton-Auer-Straße 1, 6410 Telfs, www.walser.cc

Druckauflage: 4500

Hinweis zur Gender-Formulierung: Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

APRIL/MAI 2017

Dr.in Luise Vieider

Mag. Peter Stockhauser

07 • APRIL

LEHRGANG FÜR POLITISCH UND GESELLSCHAFTLICH INTERESSIERTE FRAUEN

REFERENTEN: DR.IN LUISE VIEIDER, UNIV.- PROF.IN ERNA APPELT

Ab 7. April 2017 wird im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof ein Lehrgang für politisch und gesellschaftlich interessierte Frauen angeboten.
Eine lebendige Gesellschaft und Demokratie brauchen die Beteiligung und das Engagement von Frauen. Der Lehrgang vermittelt das erforderliche Handwerkszeug, damit Frauen mutig ihre Anliegen und ihre Potenziale in öffentlichen Gremien, Vereinen oder Parteien einbringen und durchsetzen sowie die Zivilgesellschaft mitgestalten können.

03 • MAI

TIROLER GEMEINDEABGABEN RICHTIG VORSCHREIBEN

REFERENTEN: DR.IN MONIKA SCHWAIGHOFER, ABTEILUNG FINANZEN, AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, UND MAG. PETER STOCKHAUSER, GF TIROLER GEMEINDEVERBAND

Dieses Seminar findet am Mittwoch, den 3. Mai 2017, jeweils von 9.00 bis 17.00 Uhr im Hotel Grauer Bär, Universitätsstraße 5-7, 6020 Innsbruck statt und wird vom Zentrum für Verwaltungsforschung – KDZ organisiert.

10 • MAI

EFFIZIENTE PROTOKOLLFÜHRUNG UND SITZUNGSMANAGEMENT

REFERENTIN: SABINE KRAMER, TRAINERIN

Viele Sitzungen sind nicht so effizient, wie man es sich gerne wünscht. Mit einer guten Planung, Vorbereitung und einer effizienten Protokollführung können hier „Zeitdiebe“ minimiert und zusätzliche Ressourcen genutzt werden. Zudem ist es erforderlich, dass bestimmte Besprechungen protokolliert werden müssen. In diesem Seminar erhalten Sie umfassendes Wissen für Ihr Sitzungsmanagement und erfahren, wie Sie einzelne Besprechungsinhalte zielgerichtet in Form verfassen, sodass Informationsfluss und Transparenz gesichert sind.
Diese Schulungsveranstaltung wird am Mittwoch, den 10. Mai 2017, am Mittwoch, den 24. Mai 2017, am Mittwoch, den 7. Juni 2017 im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof, sowie am Mittwoch, den 31. Mai 2017 im Bildungshaus Osttirol jeweils als Ganztagesveranstaltung angeboten.

MAI/JUNI 2017

Dir. Georg Schärmer

12 MAI

FACHTAGUNG – GELUNGENE BEISPIELE DER INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IN GEMEINDEN

REFERENTEN: UNIV.-PROF.IN GUDRUN BIFFL, GEORG SCHÄRMER (CARITAS TIROL), DIPL.-PÄD. HARALD BACHMEIER (TIROLER SOZIALE DIENSTE) UND MAG.A MARIKA GRUBER (FH KÄRNTEN)

Im ersten Teil der Fachtagung referieren Experten über Chancen und Herausforderungen der Integration von Flüchtlingen in Gemeinden. Am Nachmittag werden herausragende Integrationsprojekte präsentiert und es besteht die Möglichkeit der Vertiefung im Rahmen eines World-Cafés. Die Veranstaltung wird aus Mitteln der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung unterstützt.
Diese Tagung wird am Freitag, den 12. Mai 2017 im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als Ganztagesveranstaltung angeboten.

DI Christine Brugger

19 JUNI

PROFESSIONELLE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DER GEMEINDE

REFERENTIN: DI CHRISTINE BRUGGER, GESCHÄFTSFÜHRERIN RADIO OSTTIROL UND TRAINERIN

In diesem Seminar lernen die Teilnehmer, wie Sie die Öffentlichkeitsarbeit in der Gemeinde professionell und nachhaltig gestalten. Dazu zählen das Schreiben von Presseaussendungen, das Verfassen von Artikeln für die Gemeindezeitung und das Radiointerview. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmer wertvolle Tipps im Umgang mit Journalisten.
Diese Schulungsveranstaltung wird am Montag, den 19. Juni 2017 und am Dienstag, den 20. Juni 2017 im Tiroler Bildungsinstitut Grillhof als zweitägige Veranstaltung angeboten.

Stb. Othmar Schönherr

22 JUNI

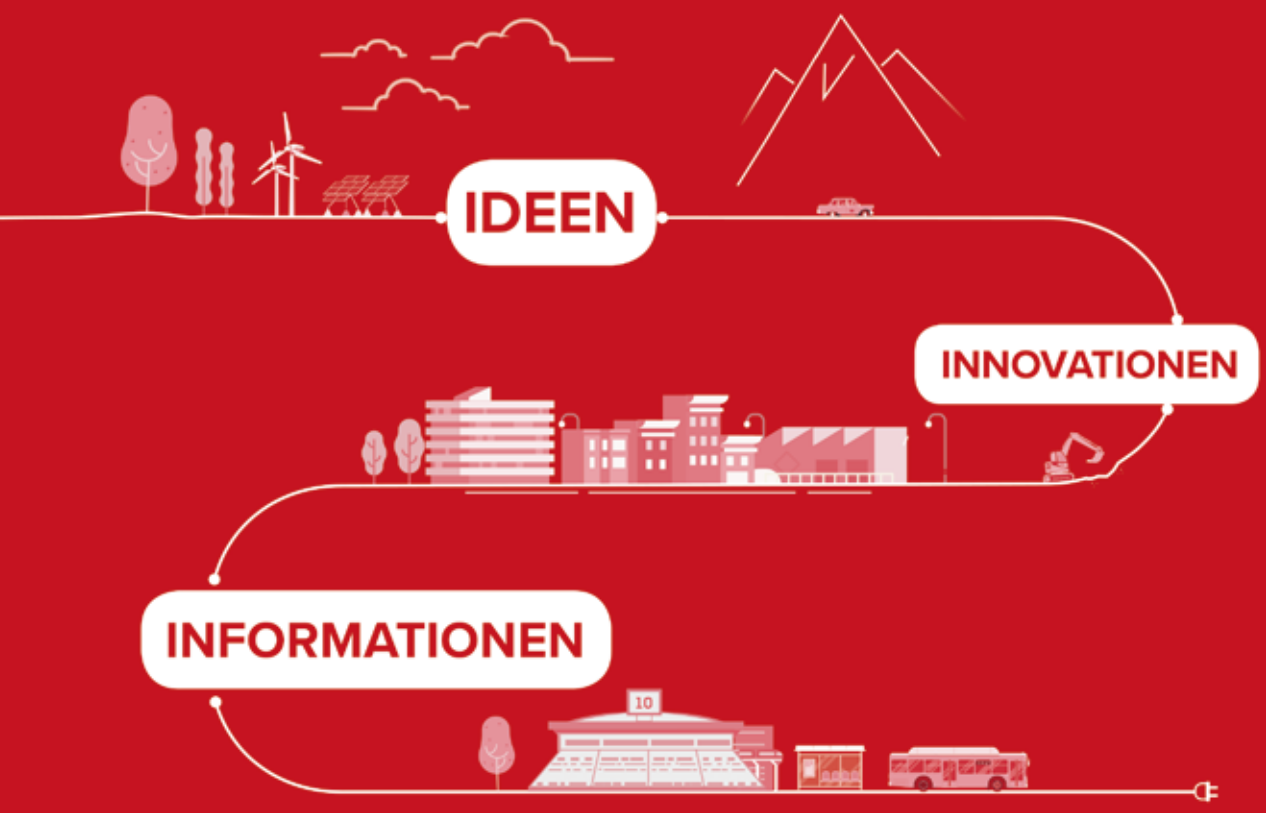
TIROLER FLURVERFASSUNGS-LANDESGESETZ 1996 (TFLG 1996) – SCHULUNGEN FÜR MITARBEITER UND ORGANE VON GEMEINDEGUTSAGRARGE-MEINSCHAFTEN

REFERENTEN: UNIV.-PROF. DDR. HERMANN PEYERL, STB. OTHMAR SCHÖNHERR

Diese Schulungsveranstaltungen zum TFLG 1996 wird am Donnerstag, den 22. Juni wiederum von der Schönherr & Schönherr Steuerberatungs- und Unternehmensberatungs-GmbH, in Zusammenarbeit mit dem Tiroler Gemeindeverband, der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung und dem Bildungsinstitut Grillhof veranstaltet und richtet sich an Bürgermeister, Substanzverwalter, Obleute und Gemeindebedienstete. Als Kerninhalte werden behandelt: Novelle TFLG (wenn bereits beschlossen), Steuer-Update, Überblick über die aktuelle Judikatur.

KOMMUNALMESSE 2017

www.diekommunalmesse.at



Österreichs **größte Fachmesse** für Kommunen

29.–30. JUNI 2017, MESSEZENTRUM SALZBURG

IM RAHMEN DES 64. ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE

NÄCHSTER STOPP: **SALZBURG**

Der 64. Österreichische Gemeindetag findet heuer am 29. und 30. Juni statt.

Das jährliche Treffen des Österreichischen Gemeindebundes findet heuer zum 64. Mal statt. Am 29. und 30. Juni ist Salzburg Gastgeber der Veranstaltung. Und somit kehrt der Gemeindetag gewissermaßen nach Hause zurück, war die Mozartstadt im Jahr 1948 doch auch erster Schauplatz dieser Versanstaltung.

Die diesjährige Auflage wartet wieder mit einem umfrangreichen Programm auf. So findet im Messezentrum Salzburg auf einer Fläche von 14.000m² auch eine Kommunalmesse statt. Geöffnet werden die Pforten zu beiden Events am 29. Juni um 8 Uhr. Rund 2500 Bürgermeister und Gemeindemandatare werden pro Tag erwartet. Nach den schon traditionellen Messerundgängen wird die Fachtagung des Gemeindtages ab 14 Uhr der erste Höhepunkt sein. Der erste Tag klingt schließlich mit einem Galaabend aus, an dem sich die Kulturhochburg Salzburg würdig präsentieren wird.

Am Freitag werden die Gemeindebund-Spitzen wieder eine Riege höchster Vertreter von Bundes- und Landespolitik begrüßen dürfen. Um 9.30 Uhr beginn die Haupttagung. Im Anschluss daran wird es einen abschließenden Messerundgang geben, ehe sowohl Gemeindetag als auch Kommunalmesse gegen 13 Uhr zu Ende gehen.

Online ist die Anmeldung zum Gemeindetag 2017 unter gemeindebund.at/gemeindetag möglich.

Mehr Leistung, geringere Kosten

Durch unsere Kooperation mit namhaften Versicherern und der GemNova GmbH für Tiroler Gemeinden und Sozialsprengel konnten Leistungen verbessert und die Kosten deutlich gesenkt werden.

Ein unverbindlicher Vergleich macht Sie sicher!

Besser Beraten. Bußjäger

Bußjäger
Versicherungs- und Unternehmensberatungs GmbH

Zentrale Silz: Tiroler Straße 41 • A-6424 Silz • Tel.: +43 (0)5263 / 51115 • Fax: +43 (0)5263 / 51115-515 • office@bussjaeger.at
Filiale Ehrwald: Wettersteinstraße 13 • A-6632 Ehrwald • Tel.: +43 (0)5673 / 20020 • Fax: +43 (0)5263 / 20020-10 • **www.bussjaeger.at**

wohnungseigentum

Da platzt dem Hahn der Kamm!

Mit Unterstützung der Stadtgemeinde Kitzbühel und der Wohnbauförderung des Landes Tirol baut die Wohnungseigentum in Kitzbühel Einfang 32 Wohnungen zur Inklusivmiete von 5,- Euro/Quadratmeter.

Wohnen um 5€ in Kitzbühel.

Hier bin ich daheim.

we-tirol.at